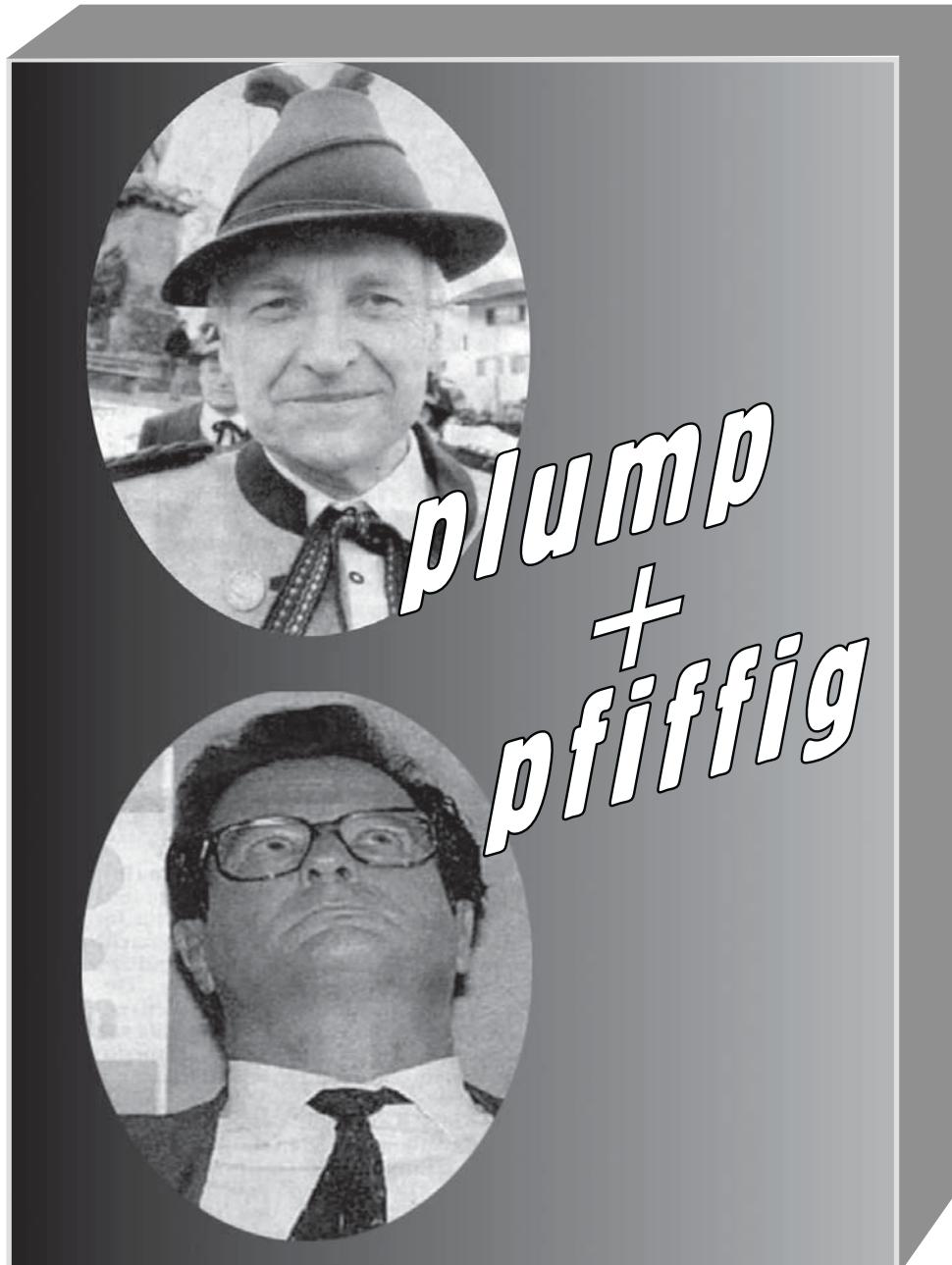


Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



2 deutsche Staatskünstler S. 3/4



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn 2

Ostexpansion: Proteste aus Polen:

Aufgabe und Chance 3

Rechte Formierung zur Wahl 5

Tschechische Republik: Wer hat die Wahl gewonnen? 5

Europarat und kurdische Frage: Kein Interesse an politischer Lösung? 6

Auslandsberichterstattung

Frankreich vor der Einführung der 35-Stunden-Woche 8

Frankreich: Neue Kriminalchronik des Front National 9

Südafrika: Parteitag der KP 10

Meldungen 11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand 12

Hamburg: Ein Stadtteil steht auf 13

Frankfurt: Flughafenerweiterung: Keine Beteiligung an Mediation 13

Waldkirch: Kirchenasyl für albanische Flüchtlingsfamilien 14

Stuttgart: Boykottaktion gegen Lebensmittelpakete 15

Heilbronn: Privatuni – das Spiel beginnt 15

Berlin: Transrapidbau ohne Planfeststellungsbescheid? 16

O-Ton 16

Kommunale Politik 17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war? 18

FAG Kugelfischer: Modernisierung ohne Arbeit rund um die Uhr! 19

Großhandel: Kritik am Tarifabschluß 19

Gegen Feiertagsarbeit bei Banken 20

Arbeitslose müssen auf der Hut sein 21

Diskussion und Dokumentation

PDS-Parteirat und -Parteivorstand: Erklärung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus 22

Linke Gegenposition im Kosovo-Konflikt:

Uli Cremer, Bündnisgrüne 23

Ralph Hartmann: Kosovokrise und deutsche Außenpolitik 25

Termine 28

IN BONN GEFANGENEN-

„LOHN“ VERFASSUNGSWIDRIG: Das Bundesverfassungsgericht hat der Klage von vier Strafgefangenen gegen ihren für Arbeit in den Gefängnissen gezahlten „Lohn“ von durchschnittlich 1,50 DM je Stunde stattgegeben. Eine solche „Entlohnung“ sei verfassungswidrig. Die Entlohnung müsse, so die Richter, für den Gefangenen einen „greifbaren Vorteil“ darstellen. Bis zum Jahr 2001 müssen nun Bund und Länder eine Änderung der Entlohnung in Kraft setzen. Wie diese aussehen soll, ließen die Richter offen. In Betracht kämen etwa Beiträge in die Rentenversicherung – bisher zahlen Strafgefangene von ihrem Arbeitsentgelt keine Beiträge in die Rentenversicherung – oder Hilfen für Schuldentlastung. Anfang der 70er Jahre, vor jetzt über 25 Jahren, hatte der Bundestag im Zusammenhang mit der Reform des Strafvollzugs eine Anhebung der Niedrigstlöhne für Gefangene in Aussicht gestellt – und bis heute nichts getan. Etwa 40.000 der derzeit 70.000 Insassen von Strafvollzugsanstalten arbeiten hinter Gittern – für Konzerne wie BMW, MTU, aber auch für kleinere Betriebe. Die JVAs erhalten dafür von den Firmen ca. 10 DM pro Stunde – für die Firmen also ein gutes Geschäft – von denen aber nur ca. 1,50 DM beim Gefangenen „ankommen“. Der Rest gilt als „Beitrag zu den Kosten der Haft“ – mit der Folge, daß die meisten Gefangenen und ihre Familien nach der Haft zwar „frei“, aber völlig überschuldet sind. (Az: BVerfG 2 BvR 441/90 u.a.)

DVU-RÜCKZAHLUNG: Am 26. Juni hat das Bundestagspräsidium nach langem hin und her entschieden, daß die DVU 549 000 DM Parteienfinanzierung wieder zurückzahlen muß. Der Vertreter der Grünen im Rechtsausschuß des Bundestags, Gerald Häfner, äußerte sich zufrieden über diese Korrektur: „Die DVU hatte über Parteispenden in Höhe von 274 500 DM mutwillig falsche Angaben gemacht. Für diesen Fall sieht das Gesetz bei der staatlichen Parteienfinanzierung zwingend die Einhaltung des doppelten Betrages in Höhe von 549 000 DM bei der Auszahlung vor. Die Bundestagsverwaltung hatte seinerzeit in engem zeitlichem Zusammenhang mit einer ebenfalls nicht gerechtfertigten und mittlerweile von den Gerichten rückgängig gemachten Auszahlung an die FDP auch der DVU das Geld ausbezahlt. Wir haben uns mit dieser Entscheidung nicht abgefunden und darauf hingewiesen, daß auch die (übrigens auch erst nachträgliche) Angabe von Sicherheitsbedenken, auf die sich die Verwaltung bei ihrer damaligen Entscheidung berief, keine Rechtfertigung für falsche Angaben seitens der DVU sein kann. Nachdem die von uns hierzu geführten Gespräche folgenlos blieben, haben wir am 12.6.1998 einen umfangreichen Fragenkatalog an die Bundestagsverwaltung gerichtet, der in der Älte-

stenratssitzung am 17.6.1998 offiziell übergeben wurde. Die aufgrund der hierin gestellten präzisen Fragen nochmals vorgenommene Prüfung in der Verwaltung hat nun offenbar zu der Korrektur der Entscheidung geführt. Wir begrüßen das und sehen uns in unserer Haltung und in unserem Vorgehen bestätigt.“

VERMÖGENSABGABE OST: Grüne und Gewerkschaften wollen zur Finanzierung des Aufbaus Ost eine Vermögensabgabe einführen. Vor Jahren hatte der damalige Bundespräsident von Weizsäcker einen ähnlichen Vorschlag schon einmal gemacht. Die Grünen wollen jetzt eine Abgabe auf Vermögen von mehr als 2 Millionen DM von maximal 2,5%, befristet auf 15 Jahre, einführen. Da diese hohen Vermögen ohnehin keinen „Solidaritätszuschlag“ zahlen, dafür aber die Gewinner der zahlreichen „Sonderabschreibungen Ost“ seien, sei eine solche Abgabe vertretbar. Auch die ostdeutschen DGB-Vorsitzenden fordern eine solche Vermögensabgabe. Im Unterschied zu den Grünen denken sie an eine Abgabe in Höhe von 1%, dafür aber bereits für Vermögen ab 300 000 DM aufwärts. Sie erhoffen sich davon ein Aufkommen bis zu 40 Milliarden DM. Mindestens 10 Mrd. DM sollen nach ihren Vorstellungen jährlich für Investitionsprogramme (z.B. Wasser- und Abwasserversorgung) verwendet werden. So könnten 240 000 Stellen gesichert oder neu geschaffen werden.

GEGEN ENERGIEGESETZ: Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesländer Hessen, Saarland und Hamburg wollen gegen das Ende April vom Bundestag beschlossene Energiewirtschaftsgesetz vor dem Verfassungsgericht klagen. Die Bundesregierung hatte mit diesem Gesetz eine weitere Deregulierung der Stromwirtschaft eingeleitet – ohne den Bundesländern dabei ein Mitspracherecht einzuräumen. Dagegen wollen die SPD-Länder nun angehen. Das Gesetz bedürfe auch der Zustimmung der Länderkammer, weil erhebliche Länder- und Gemeindeinteressen tangiert seien.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag ist in „Sommerpause“. Er wird letztmalig vom 1. bis 4. September wieder zusammenetreten, um die erste Lesung von Waigels Haushalt für 1999 durchzuführen. Der Bundesrat dagegen tagt noch einmal am 10. Juli. Auf der Tagesordnung steht u.a. das „Asylbewerberleistungsgesetz“ mit den neuerlichen Sozialhilfestrechungen für Asylbewerber, die Anhebungen von Freigrenzen und Förderbeträgen im „3. Vermögensbeteiligungsge setz“, Kanthers Gen-Datei und andere Gesetze. Die bayerische Landesregierung will vor den bayerischen Wahlen (am 13.9.) neue ausländerfeindliche Gesetze einbringen, u.a. zur Erleichterung von Abschiebungen. Die nächste Sitzung des Bundesrats ist am 25. September, zwei Tage vor den Bundestagswahlen.

Deutsche Ostexpansion:

Die Proteste aus Polen: Aufgabe und Chance

Kurz vor den Wahlen kommt – endlich – die deutsche Außenpolitik ins Gerede. Bei den polnischen Nachbarn ist man auf die Meinungsbildung der Regierungskoalition gestoßen, nach der Ansprüche ausgesiedelter Deutscher und ihrer Erben nicht erledigt sind.

Langsam wird deutlich: Die BRD hat auf eine gewaltsame Änderung der Grenzen im Osten verzichtet, aber eine Kolonisationsbewegung ist trotzdem im Gange. Sie läuft unter dem militärischen Schirm der NATO und unter dem rechtlichen Schirm der EU an. Das Patronat der NATO, also der USA, deckt die Expansion, weil Freiheit und Sicherheit des privaten Eigentums, d.h. der Investitionen und Schuldpräferenzen, Bindeglied der NATO ist. Das EU-Recht deckt die Expansion nicht nur aus demselben Grund, sondern weil uneingeschränkte Bewegungsfreiheit der Reichen angesichts des Gefälles nach Osten hin eine Expansion in Form des An- und Einkaufs ermöglicht.

Wird der Konflikt, der jetzt aufgebrochen ist, praktische Folgen haben? Ja. Aus der Sicht des deutschen Staatsmannes und des deutschen Investors ist die Sicherheit der im Moment bei den Nachbarn im Osten zum Erwerb daliegenden Güter unlöslich mit der Wiederherstellung des Rechtes auf das einst Erworbene verbunden. Deutschland wird den Streit nicht aufgeben, er bietet die Chance, klarzustellen, daß Investitionen, Ansiedlungen usw. nicht unter dem Recht der Einwanderungsländer – Polen, Tschechische Republik, Ungarn, die Trümmerländer Jugoslawiens u.a. – stehen, sondern unter dem Recht der Auswanderer, d.h. abstrakt der EU, konkret der Deutschen.

Wie wird die Ostexpansion innenpolitisch vermittelt? Wir wollen nicht von den Faschisten reden, die an die Herrenmenschen/Untermenschen-Ideologie der Nazis anknüpfen. Davon gibt es zwar viele, aber als Unterbau einer gesellschaftlich getragenen Expansionspolitik doch nicht genug. Um eine ganze Bevölkerung, um Nutznießer und Fußvolk der Expansion zusammenzupassen, braucht es in harmloses Zivil verpackte Projektionen. Die Rede ist von Bildungspolitik. Wieso?

Bildung geschieht als Akkumulation kulturellen Kapitals bei den Personen. Kulturelles Kapital meint Bildungs- und Kulturgüter, nützliche Fertigkeiten etwa wie Maschinen und Anlagen zu bauen und zu nutzen, aber auch Herrschaftstechniken, Kenntnisse vom Funktionieren des sozialen Apparates, besonders die Kunst, andere für sich arbeiten zu lassen.

Das kulturelle Kapital der Personen ist ohne Zugang zum materiellen Kapital in der Außenwelt für den Inhaber eher

ein Unglück. Es bleibt nur lebendig, wenn es angemessen eingesetzt werden kann, und Verlust kulturellen Kapitals wird als Persönlichkeitsverlust empfunden.

Die Übertragung des kulturellen Kapitals geschieht durch die Primärerziehung in der Familie und durch öffentliche Bildungseinrichtungen, die, fein auf die Primärerziehung abgestimmt, besonders wirksam sind. Junge Leute, die sich in den Bildungseinrichtungen plagen – und es ist eine Plage, sich auf vorgesetzte Forderungen hin abzurichten –, funktionieren nur, wenn sie Posten, gesellschaftliche Funktionen vor Augen haben, auf die ihnen abverlangte Anpassungsleistungen hinführen.

Die von Staat und Wirtschaft konzipierte deutsche Expansionspolitik gewinnt eine breite Basis, indem sie führende Positionen in Staat und Wirtschaft in Aussicht stellt. Die Gemeinschaft der Deutschen wird von dem Problemdruck, der auf der ganzen Welt spürbar ist, dadurch entlastet, daß ihr starker Staat und ihre ausgedehnten Eigentumsansprüche eine Fülle von führenden Positionen mit sich bringen. Eine solche Zielstellung kann zum Beispiel sogar die Antipoden des Regierungslager, CSU und FDP miteinander verknüpfen.

Zunächst die Differenz: Während die FDP als Segmentpartei sich an eine Auswahl von Menschen wendet, die irgendwo als Chef funktionieren und, weil sie erleben, daß andere ihnen gehorchen müssen, sich für das Salz der Erde halten, weiß die CSU im tiefen Inneren, daß Deutsche oder Bayern keineswegs besser sind als andere. Ohne Hilfen geht es nicht. So wie im Einwanderungsland USA die benachteiligten Minderheiten mafiotische Sonderorganisationen bildeten, bildet die CSU eine bedenkenlose, mafiotische Mehrheit gegen Minderheiten wie die Immigranten. Sie sind die Patrone Bayerns, die Amigos, die Paten. Während die FDP damit rechnet, daß ihre Klientel unter den Bedingungen der freien Konkurrenz im Inland alle Pluspunkte auf ihrer Seite hat, sieht die CSU die Notwendigkeit, konkurrierende Zuwanderer mit Gewalt fern- bzw. in untergeordneten Positionen festzuhalten.

Aber die Ausländer, die im deutschen Inland Minderheit sind, sind im nicht-deutschen Ausland die Mehrheit. In der Außenpolitik, im Bezug der Politik auf das Ausland als Anlagesphäre und Einwanderungsland für deutsches Kapital, verblassen die Gegensätze zu bloßen Unterschieden im taktischen Vorgehen.

Im Ausland kann der elitäre Anspruch nicht zwangsläufig verwirklicht werden. Polen haben in Polen einfach Startvorteile,

Stoiber im Mai im Bundestag:

„Eine Erweiterung um der Erweiterung willen, ohne zuvor offene Fragen zu klären, macht keinen Sinn. Alle Beitrittskandidaten müssen Menschen- und Völkerrecht konsequent umsetzen, bevor sie Mitglied in der Union werden. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU) Denn auch das Europa der Zukunft soll und muß eine Wertegemeinschaft und nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft sein.“

Daß die Heilung des Vertreibungsrechtes möglich ist – das wurde schon angesprochen –, haben Estland, Litauen, Ungarn und Rumänien deutlich gemacht. Diese Länder haben von sich aus Entschädigungsregelungen, Rückkehrregelungen auf die Tagesordnung gesetzt und beschlossen. Darüber waren die Vertriebenen sehr froh; sie waren dankbar dafür.

Daß es auch möglich ist, die Menschenrechtsverletzungen an Deutschen zu heilen, wenn nur der Wille dazu vorhanden ist, haben uns diese Länder ebenfalls plastisch vor Augen geführt. Manchem gefällt das nicht. Aber ich sage: Wenn diese Länder es schaffen, dann müssen auch Polen und die Tschechische Republik es schaffen.“

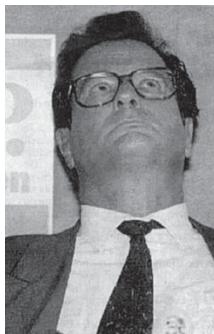


**Modell
Stoiber:**

„Das Leben ist so schwierig, daß der Mensch zusätzlich zum Vater auch noch einen Landesvater braucht.“

Zwei Staatsgewaltige ...

Modell Kinkel:
„Ein Anwalt mit seinem Mundwerk kann mehr stehlen, als jeder Gangster mit seiner Pistole“



Frei nach dem Erfolgsroman „Der Pate“ von Mario Puzo

Kinkel zu den Protesten aus Polen

„Wir werden den Beitrittsprozeß nicht mit aus der Vergangenheit herührenden bilateralen Fragen belasten. Gleichzeitig gilt: die Erweiterung wird Bedingungen schaffen, die die Lösung solch schwieriger und emotionsbeladener Probleme wie der offenen Vermögensfrage erleichtern werden.“

Klar ist, eine echte Versöhnung und Nachbarschaft ist nur mit Beteiligung der Vertriebenen möglich ...“

der Deutsche wird dort schon dadurch gehandikapt, daß man mit ihm nicht deutsch spricht. So wird das nichts. Der oder das Deutsche braucht Sonderrechte bei den östlichen Nachbarn, und die liegen in Gestalt der Ansprüche der Vertriebenenverbände politisch vorgefertigt da. Das staatliche Eintreten für diese Ansprüche, die auf Privilegien des Deutschstums in den östlichen Nachbarländern hinauslaufen, zeigt die Bereitschaft an, ein soziales, konkret ein Bereicherungsinteresse mit Staatsgewalt zu fördern. In der Gewaltbereitschaft tritt die strukturelle Ähnlichkeit der beiden Flügel des Regierungslager zutage, wenn auch die CSU-Stoiber die Anerkennung „offener Fragen“ bereits als Voraussetzung in Beitragsverhandlungen zur EU einführen will, während FDP-Kinkel, die gleichen „offenen Fragen“ nach erfolgtem Beitritt mit besserer Erfolgssicht klären will.

Der Protest aus Polen bietet die – zur Zeit seltene – Chance, den in der deutschen öffentlichen Meinung zu miteinander verbackenen Interessen, Rechtfertigungslegenden und Alltagserfahrungen die Auszeichnung als Selbstverständlichkeit abzustreifen.

Für die Parteien der Linken, ganz besonders für die PDS, besteht die Chance, konstruktiv zu werden und ihren Gegenentwurf zu einer Welt von Gewalt und Konkurrenz in Auseinandersetzung im Absprache mit linken Parteien der Nachbarländer konkret zu machen. So wie die politische Zusammenarbeit mit den Bevölkerungsgruppen ohne deutsche Staatsbürgerschaft im Inland eine Alternative zum Rassismus darstellt und die gemeinsamen Überlegungen interessant macht, macht auch die grenzübergreifende Zusammenarbeit der linken Parteien gemeinsame Überlegungen interessant. Es eilt aber, denn die Pose der verfolgten Unschuld gefällt, so lange niemand was sagt, in Deutschland den Regierenden wie den Regierten sehr gut. maf; rül



Kinkels „offene Vermögensfragen“ meint: Die Nachfahren der deutschen Junker im Osten wollen ihre Güter zurück. Welche Spannungen und Proteste das in Polen hervorruft, zumal, wenn die EU-Agrarpolitik ohnehin hunderttausende kleiner Bauern von ihrem Land treibt, kann sich jeder ausmalen.

„Zweideutigkeiten, gefährliche Tendenzen“

In einer scharf formulierten Erklärung haben die Abgeordneten des polnischen Parlaments „Sejm“ am 3. Juli die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 29. Mai über „Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten“ kritisiert. Die Entschließung enthält „Zweideutigkeiten“ und „gefährliche Tendenzen“, heißt es in der Sejm-Erklärung, die ohne Gegenstimmen bei nur zwei Enthaltungen verabschiedet wurde. Die Entschließung des Bundestages (Drucksache 13/10845) war am 29. Mai mit den Stimmen der Regierungsparteien bei Enthaltung der SPD gegen die Stimmen von PDS und Grünen beschlossen worden. Hier die Erklärung des Sejm in der Übersetzung, wie sie das Bonner Auswärtige Amt verbreitet, und Auszüge aus der Bundestagsentschließung vom 29. Mai, die unter der Überschrift steht: „Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn“:

Die Bundestagsentschließung vom 29. Mai (Auszüge):

„Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten stellt für die Bundesrepublik Deutschland und für ganz Europa eine große Chance dar. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Mittel- und Osteuropa werden durch den Beitritt unserer Nachbarn zur Europäischen Union und zum Atlantischen Bündnis dauerhaft gefestigt ... Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre beständige Politik gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedlern und deutschen Minderheiten im Osten aktiv fortzusetzen und die berechtigten Anliegen dieser Gruppen auch weiterhin wirksam zu vertreten.

1. Der Deutsche Bundestag tritt dafür ein, die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa beim Zusammenwirken Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn möglichst umfassend einzubeziehen ...

2. Schon während der politischen Wende in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa, besonders jedoch nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht, haben sich die deutschen Heimatvertriebenen nachhaltig um Kontakte in ihre angestammte Heimat und zu den dort lebenden Menschen bemüht ...

3. Der Deutsche Bundestag hat im Zusammenhang mit den vertraglichen Vereinbarungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas, zuletzt bei der Ratifizierung des deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages, bekräftigt, daß im Zuge der Aufnahme unserer östlichen Nachbarstaaten in die EU und in die

NATO europäische Grundfreiheiten selbstverständlich und unabdingbar für alle Bürger in den alten und neuen Mitgliedsstaaten, also auch für die deutschen Heimatvertriebenen Geltung haben müssen. Der Deutsche Bundestag hegt die Hoffnung, daß die mit einem Beitritt Tschechiens und Polens zur Europäischen Union einhergehende Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes durch die neuen Mitglieder die Lösung noch offener, bilateraler Fragen erleichtern wird. Dies schließt das Recht auf Freizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit ein ...

4. Vertreibung darf kein Mittel der Politik sein. Der Deutsche Bundestag teilt deshalb die Auffassung der Bundesregierung – wie auch aller früheren Bundesregierungen – die die im Zusammenhang mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte Vertreibung von Deutschen aus ihrer angestammten Heimat stets als großes Unrecht und als völkerrechtswidrig angesehen und auch so bezeichnet hat. Er fordert die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin im Dialog mit den Regierungen unserer östlichen Nachbarstaaten für die legitimen Interessen der Heimatvertriebenen einzusetzen ...

Die Erklärung des Sejm vom 3. Juli:

„Der Sejm der Republik Polen stellt fest, daß die Resolution des Deutschen Bundestages vom 29. Mai 1998 der sich gut entwickelnden Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland keinen Dienst erweist. Sie enthält Doppeldeutigkeiten, die uns nicht gleichgültig lassen können.

Grundlage für eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung ist für den Sejm der Republik Polen eine europäische Zusammenarbeit, die nicht gegen das völkerrechtliche System verstößt, insbesondere aber nicht die nach dem 2. Weltkrieg festgelegte und durch die Verträge zwischen Polen und Deutschland bestätigte territoriale Ordnung in Mittel- und Osteuropa untergräßt.

Das polnische Volk verfolgt die Verhandlungen mit der Europäischen Union aufmerksam. Unser Mitwirken in der Union muß auch die Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen, die von allen unseren Nachbarn bestätigt wurden, und die Unverletzlichkeit der polnischen Eigentumstitel an Liegenschaften bedeuten.

Die Resolution des Bundestages vom 29. Mai 1998 fördert gefährliche Tendenzen zu Tage, die zu Recht nicht nur Polen unruhigen. Wir erwarten, daß Deutschland alles tun wird, damit kein partikuläres und kurzfristiges Interesse das zunichtemacht, was den größten Erfolg Europas in den letzten Jahren darstellt. Gemeinsam tragen wir die Verantwortung für eine dauerhafte und friedliche Zusammenarbeit der Völker.

(Quelle: Auswärtiges Amt, Bonn, 6. Juli 1998)

Rechte Formierung

Die DVU hat für die Bundestagswahl in allen Bundesländern eigene Landeslisten aufgestellt. Am 27. September wird die DVU mit Franz Schönhuber auf Platz eins der bayerischen Landesliste und Gerhard Frey als Spitzenkandidat in NRW versuchen, am Erfolg der Zweitstimmenkampagne der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt anzuknüpfen.

Zeitgleich zur Bundestagswahl kandiert die DVU auch zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei kann sich der Frey-Verein auf eine mit der NPD geschlossene Wahlkampfabsprache stützen, welche der NPD eine Konkurrenzkandidatur 1999 in Sachsen und umgekehrt der DVU eine solche in Mecklenburg-Vorpommern erspart. Trotz intensiver Bemühungen scheint es der DVU nicht gelungen zu sein, exponierte Köpfe außerhalb der eigenen Reihen für eine Kandidatur auf den DVU-Listen zu gewinnen. Der Vorsitzende der Deutschlandbewegung, Alfred Mechtersheimer, wurde angefragt und hielt zwar grundsätzlich eine Kandidatur für diskutabel, war dann aber am Einspruch Schönhubers gescheitert.

Nicht wenige ehemals rivalisierende Kräfte schließen inzwischen ihren Frieden mit der DVU. Manfred Rouhs, Ex-Stadtverordneter der Deutschen Liga in Köln und Herausgeber der neofaschistischen Zeitschrift *Europa Vorn*, konnte seine Vorbehalte gegen Frey vergessen machen: „Das Wahlergebnis hat (nicht nur, aber auch) innerhalb des nonkonformen Spektrums eine ganz neue Situation geschaffen. Wer jetzt noch glaubt, mit den Republikanern in den Bundestag einziehen zu können, lebt in einer Scheinwelt. Wer aber davon ausgeht, daß die Republikaner ohnehin keine Erfolgsaussichten mehr haben, muß daraus die Konsequenzen ziehen. Sie kann nur im Verzicht auf eine Konkurrenzkandidatur gegen die DVU bestehen.“

Eingekeilt von der DVU auf der einen und dem BfB auf der anderen Seite geraten die REPublikaner zunehmend ins Hintertreffen. Eine „Öffnung zur äußersten Rechten“ steht der von den REPs gesuchten „Akzeptanz im Bürgertum“ entgegen, und die Akzeptanz wird durch die Beobachtung der REPs durch den Verfassungsschutz erschwert.

Der BfB hat dieses Problem nicht. In einer Antwort auf eine Anfrage der PDS erklärte die Bundesregierung, daß ihr keine verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse über den BfB vorlägen.

Die REPs sind nun ganz auf einen Achtungserfolg bei der zwei Wochen vor der



Abschiebekasten im nordrhein-westfälischen Büren

BAG-SHI ruft zu Widerstand gegen die Schaffung einer „dritten Pariaebene unter LeistungsbezieherInnen“ auf

„Rassismus hat einen Namen – Asylbewerberleistungsgesetz“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen hat am 24. Juni auf die Verabschiedung des neuen Asylbewerberleistungsgesetzes und der darin enthaltenen neuen Leistungskürzungen für Flüchtlinge durch eine Koalition von Regierungsparteien und SPD mit Protest reagiert und aufgerufen, die Ausführung des Gesetzes zu verweigern:

Fassungslos nehmen wir die Beschlüsse des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages zum Asylbewerberleistungsgesetz zur Kenntnis und sehen der nun unausweichlichen Verabschiedung dieses Unrechts entgegen.

Wir freuen uns, daß den bosnischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine Galgenfrist eingeraumt wurde. Jeder Tag der Existenz in relativer Sicherheit zählt.

Wir danken der Fraktion der B'90/Grünen und der PDS-Bundestagsgruppe sowie den Individuen in allen Parteien, die standhaft gegen dieses Gesetz argumentiert haben.

Wir schätzen die spontanen und einheitlich ablehnenden Stellungnahmen der UnterstützerInnen und Lobbyorganisationen.

Wir weisen die pauschale Mißbrauchsunterstellung gegenüber Flüchtlingen, die vermeintlich ihre Heimat verlassen, nur um in unserem gastfeindlichen Land Leistungen zu erschleichen, als ideologisches Konstrukt menschenverachtender Technokraten zurück.

Wir bewerten die Ausweisung einer dritten Pariaebene unter den LeistungsbezieherInnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und unter denen nach dem Sozialhilfegesetz als einen Verstoß gegen das Sozialstaatsgebot und das Gebot der Wahrung der Menschenwürde und nicht als einen „Kompromiß“.

Als Dachverband der Betroffeneninitiativen der SozialhilfebezieherInnen in der Bundesrepublik erleben wir dieses Gesetz auch als ein Gesetz gegen uns. Existenz in Armut und sozialer Ausgrenzung ist nicht spaltbar.

Wir fordern die sozialen Dienste, die Wohlfahrtsverbände, die Ärzteschaft und die Ordnungsbehörden auf, in Wahrnehmung ihrer sozialstaatlichen Bürgerpflichten die Ausführung dieses Gesetzes zu verweigern.

Solidarität und Widerstand jetzt!

(Frankfurt, 24.6.98)

BAG-SHI, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Tel. (069) 25 00 30, Fax (069) 23 50 71.



Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahl in Bayern angewiesen. Dort müßten sie sich gegen den ebenfalls kandidierenden BfB und die „Freien Wähler“ durchsetzen.

Aber in puncto unverbrauchter Aufbruchsstimmung hat der neoliberalen BfB die Nase vorn und bindet damit diverse Funktionäre kleinerer Parteien wie die Deutsche Partei oder die Unabhängigen Ökologen in den Organisationsaufbau ein. Zunehmend umwirbt der BfB ein Klientel, welches zuvor sein Kreuz bei den REPublikanern gemacht haben darfte: So hat der Berliner Landesverband des BfB auf seinem Parteitag vorletztes Wochenende provokativ die Einrichtung eines Mahnmals gefordert, das in unmittelbarer Nähe zum Reichstag an „die deutschen Opfer des Bombenterrors und der Vertreibung“ erinnern soll. Inzwischen ist es dem BfB auch gelungen, eine Landesliste zur Wahl in Mecklenburg-Vorpommern aufzustellen.

Die Vertriebenenverbände setzten mit der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände im Bund der Vertriebenen (BdV) ihre politische Absetzbewegung von der CDU fort.

Paul Lattuseck, so die *Junge Freiheit* in ihrer letzten Ausgabe, wurde mit überwältigender Mehrheit als stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gewählt, deren Aufgabe als „Initiator einer Strategiediskussion zum politischen Verhalten der Vertriebenen zur Durchsetzung ihrer Ziele“ beschrieben wird. Mit der Wahl des Thüringer Landesvorsitzenden des BdV Paul Latusseck zum zweiten Mann im BfB hat der völkische Nationalismus auch ein plakatierfähiges Gesicht in der Wahlwerbung des BfB bekommen. *kun*

Tschechische Republik

Wer hat die Wahlen gewonnen?

Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik haben eigentlich keinen Sieger ergeben.

200 Parlamentssitze waren zu vergeben. Die Sozialdemokraten erreichten 32,31% (74 Sitze), die Bürgerliche Demokratische Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Klaus 27,74% (63 Sitze), die Kommunistische Partei Tschechiens und Mährens (KSCM) 11,03% (24 Sitze), die Christlich-Demokratische Union 9% (20 Plätze) und die extrem rechte Union der Freiheit, die sich unlängst, nach verschiedenen Affären, von der „Klaus-Partei“ getrennt hatte, 8,6% (19 Sitze). Eine

solche Zusammensetzung des Parlaments ist keine Garantie für die Stabilität.

Der rasante, von vielen erwartete Sieg der Sozialdemokraten fand also nicht statt. Die Mehrheit haben auch die rechten Parteien nicht gewonnen. Trotzdem kann man sagen, daß die Wahlresultate eine weitere, obwohl nicht so markante Verschiebung der tschechischen Gesellschaft nach links bedeuten.

Dafür zeugt auch die Zunahme der Stimmen für die KSCM und die unerwartet starke Niederlage der Republikaner, die die „5%-Grenze“ nicht überwand. Dadurch geht aus dem Parlament die abgeschmackte und primitive Abart des tschechischen Faschismus fort, für die der militante Rassismus und Antikommunismus charakteristisch sind.

Es ist aber selbstverständlich eine Frage der Zeit, inwiefern die immer schlimmer werdende wirtschaftliche und soziale Lage in der Tschechischen Republik bei den nächsten Wahlen nicht doch manche Bürger dahingehend beeinflussen, daß sie wieder die Reps wählen. Die Zusammensetzung der Wähler und ihre Motive sind eigentlich die gleichen wie bei den DVU-Wählern in den neuen Bundesländern.

Die KSCM bleibt im Parlament als die einzige politische Kraft, die radikale politische Veränderungen fordert und kompromißlos den NATO-Beitritt ablehnt. Auf der politischen Szene bleibt sie in der völligen Isolierung. In die unaufhörliche antikommunistische Kampagne sind alle anderen Parteien eingeschaltet, einschließlich der Sozialdemokraten. Staatspräsident Havel hat nach den Wahlen alle Parlamentsparteien zu Gesprächen eingeladen – mit Ausnahme der Kommunisten.

Der bekannte tschechische Philosoph und Politologe Václav Belohradský, dessen Meinungen oft auch die Kommunisten respektieren, denkt, daß, um diese Isolierung zu durchbrechen, „unsere Kommunisten mit ihrer Vergangenheit abrechnen, sich zur Demokratie als dem höchsten politischen Wert bekennen müssen – der höher ist als die Klasseninteressen, auch wenn diese berechtigt sind, daß sie sich eventuell umbenennen und die maximalistische Plattform der Sozialdemokratie werden müssen“. Sonst, so Belohradský, werden die Kommunisten wie die Republikaner enden.

Die Verhandlungen über die neue Regierung dauern momentan noch an. Die Sozialdemokraten können nur in einer Koalition mit rechten Parteien oder mit ihrer „stillen Unterstützung“ regieren. Sie waren diesen aber dafür bisher nicht immer genügend „flexibel“ (sie haben sich seit der K.u.k.-Monarchie nicht verändert, sagt man zum Beispiel in Tschechien über sie).

Kommt also doch die große Koalition und damit auch die zu erwartende Spaltung in der sozialdemokratischen Partei?

e.h., Tsch. Republik

Europarat und kurdische Frage

Kein Interesse an politischer Lösung?

Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat Ende Juni einen Bericht mit Vorschlägen zur politischen Lösung der kurdischen Frage auf türkischen Druck und mit den Stimmen von christdemokratischen und liberalen Abgeordneten so „geändert“, daß die Menschenrechte der Kurden und Kurden auf der Strecke blieben.

Die parlamentarische Versammlung des Europarats während ihrer letzten Sitzungswoche vom 22. bis 26. Juni eine wichtige Möglichkeit zur Förderung einer politischen Lösung der kurdischen Frage ohne vernünftigen Grund verstreichen lassen und statt dessen den völkermörderischen Kurs des Regimes in Ankara mit der Stimmenmehrheit von christdemokratischen, konservativen und rechtsradikalen Abgeordneten unterstützt.

Nach „heftigen türkischen Protesten“, so die Presse, seien wesentliche Passagen eines bereits im April von dem zuständigen Komitee des Europarats in Straßburg gebilligten Berichts „Über die humanitäre Situation der kurdischen Flüchtlinge und der vertriebenen Personen in der Südosttürkei und Nordirak“, den die Berichterstatterin, die Schweizer Sozialdemokratin Ruth-Gaby Vermont Mangold vom Komitee für Migration, Flüchtlinge und Demografie ausgearbeitet hatte, gestrichen worden.

Wörtlich schreibt z.B. der Berliner *Tagespiegel* am 26. Juni unter der Über-

Gespräche in Washington

Auf Initiative des Kurdischen Instituts in Washington fand in den USA Anfang Juli eine Diskussion zwischen Vertretern der kurdischen Bewegung und den USA statt. Unter dem Tagungsmotto „Türkei – Aussichten und Gefahren“ diskutieren im „Carnegie-Institut zur Förderung des internationalen Friedens“:

- Mehdi Zana, ehem. Bürgermeister von Diyarbakir und Ehemann der in der Türkei noch immer inhaftierten kurdischen DEP-Abgeordneten Leyla Zana
- Graham Fuller, Rand Institut (CIA)
- Kental Nezin, Vertreter des Kurdischen Instituts Paris und
- Yasar Kaya, Präsident des kurdischen Exilparlaments.

(rül, Quelle: medico international, über CL-Netz)

schrift: „Europarat gibt Druck der Türkei nach“: „Auf Druck der türkischen Delegation hat die parlamentarische Versammlung des Europarats am Donnerstag auf deutliche Kritik an der Verfolgung der Kurden durch die Regierung in Ankara verzichtet. Nach ungewöhnlich heftigen Debatten begnügte sich die Versammlung, der 286 Abgeordnete aus den 40 Mitgliedsländern angehören, schließlich damit, die Lage der kurdischen Flüchtlinge in Nordirak zu bedauern.“

Allerdings war hier nicht nur türkischer Druck am Werke. Auch die christdemokratischen, liberalen und konservativen bis rechten Abgeordneten waren eifrig bestrebt, jedes Eintreten für die Menschenrechte der kurdischen Bevölkerung aus dem Bericht wieder zu streichen.

Nachdem die türkische Delegation anfangs sogar versucht hatte, den Bericht ganz von der Tagesordnung zu setzen, wurde in der folgenden Abstimmung praktisch alle Kritik und alle politischen Vorschläge bezüglich der Situation in den türkisch beherrschten kurdischen Gebieten (z.B. für eine internationale Kurdistan-Konferenz) mit den Stimmen der konservativen, christdemokratischen und weiter rechts stehenden Abgeordneten gestrichen. So wurden gestrichen:

- die im ursprünglichen Bericht formulierte Kritik an Menschenrechtsverstößen der „Dorfschützer“,
- die Aufforderung an die türkische Seite, sich um einen „Dialog“ und um „Versöhnung“ mit der kurdischen Bevölkerung zu bemühen,
- die Kritik an der Zerstörung von 3 000 kurdischen Dörfern durch die türkische Armee,
- jede Kritik an Menschenrechtsverstößen der türkischen „Sicherheitskräfte“.

Sogar der von Ankara nicht akzeptierte Begriff „Kurde“ und „kurdisch“ wurde aus dem Bericht entfernt. Übrig blieben nur politisch folgenlose Passagen über die Situation im Nordirak.

Der PKK-Vorsitzende Öcalan hatte sich, wie die kurdische Presse berichtet, am 10. Juni noch einmal an alle Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung gewendet und diese in einem Brief aufgefordert, die in dem Bericht genannten Möglichkeiten zur Einleitung eines Prozesses zu einer politischen Lösung zu verabschieden. Die PKK sei bereit, so Öcalan, alle in dem Bericht vorgeschlagenen Schritte zu einer politischen Lösung inkl. einem erneuten Waffenstillstand mitzugehen. „Wir versichern ihnen, daß wir sofort bereit sind, alles zu tun, das wir können – inkl. der Erklärung eines Waffenstillstands –, um insbesondere die in dem Bericht des Komitees ... vorgeschlagenen Lösungen wirksam werden zu lassen“, so Öcalan wörtlich.

Er kritisierte zugleich das nun schon 21 Jahre über die kurdischen Provinzen verhängte Kriegsrecht und die massive türkische Armeestationierung in den



Mit deutschen Waffen: Türkisches Militär in den kurdischen Gebieten

kurdischen Gebieten. „Eine ganze Generation ist im Schatten der Gewehre aufgewachsen“. Die Türkei versuche, mit systematischer Entvölkerung der kurdischen Gebiete den Guerillas der PKK die Basis für ihre Aktivitäten zu entziehen. Sie habe damit teilweise Erfolg, wenngleich weit weniger, als sie behauptete. Die PKK sei die Hoffnung des kurdischen Volkes geworden, daß es endlich möglich sein könne, demokratisch und in Frieden auf ihrem eigenen Land zu leben. Die Vernichtung der PKK – das primäre Ziel der Türkei – würde dazu führen, daß die kurdische Bevölkerung über die gesamte Türkei und über Europa verstreut werde, so Öcalan weiter. Die Anerkennung der kurdischen Identität und ihr Schutz durch verfassungsrechtliche Garantien seien „fundamental für eine anzustrebende politische Lösung“.

Der PKK-Vorsitzende hatte in seinem Schreiben auch die Anregung der Berichterstatterin, eine internationale Konferenz zur Lösung der kurdischen Fragen einzuberufen, ausdrücklich unterstützt. Auch diese Passage des Berichts wurde nach den türkischen Protesten nun aus dem Dokument gestrichen.

Der SPD-Abgeordnete Rudolf Bindig äußerte sich nach der Abstimmung empört: „Wenn wir nicht mehr den Mut

haben, die Wahrheit zu sagen, dann ist damit die Grenze der Kompromißfähigkeit erreicht.“

Der Europäische Rat wurde 1949 gegründet. Als seine Ziele nennt er vor allem die Wahrung der Freiheit des einzelnen, den Schutz der Menschenrechte, den Schutz von Minderheiten und die Stärkung der demokratischen Institutionen. Zu den bekanntesten Konventionen des Europarats gehören die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (seit 1950), die Konvention gegen Folter (1987), weniger bekannt ist die Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen von 1992. Zu seinen Instrumenten bzw. Institutionen gehören auch die „Europäische Kommission für Menschenrechte“ und der „Europäische Gerichtshof für Menschenrechte“ in Straßburg.

Der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gehören Delegationen der Parlamente aller 40 Mitgliedsstaaten an, darunter seit 1949 auch die Türkei. Als einziges früheres Mitgliedsland ist bisher Jugoslawien im Juli 1992 ausgeschlossen worden.

Von deutscher Seite gehören der parlamentarischen Versammlung des Europarats 18 Abgeordnete aus den Regierungsparteien, SPD und Grünen an. rül

Hochrangige Konferenz sucht nach Lösung in der Kurdenfrage

Am 7. und 8. Juni 1998 fand eine internationale Konferenz am Berliner Wannsee statt, an der sich viele europäische und US-amerikanische Diplomaten, Politiker und Wissenschaftler beteiligten.

Thema der Konferenz des Aspen-Instituts und der Friedrich-Ebert-Stiftung waren außen- und innenpolitische Aspekte der Türkei wie die Kurdenfrage. Frau Susanne Kraus von der Konferenzleitung sagte, daß alle Bereiche und Themen der Kurdenfrage bei der Konferenz behandelt werden müßten.

Zu der Konferenz, von der die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, hatten zugesagt: Morton Abramowitz (Ex-US-Botschafter in Ankara), Henry Barkey (US-Außenministerium), Richard Clarke (US-Nationaler Sicherheitsrat), Graham Fuller (CIA), Ishak Alaton (Tüssiad, Türkei), Nezih Cakar (Berater von Staatspräsident Demirel), Sükrü Gürel (türkischer Staatsminister), Ercan Karakas (Abgeordneter, CHP), Tugay Ulucevik (türkischer Botschafter in Bonn), Klaus Kinkel, Gerd Andres (SPD), Karsten Voigt (SPD), Rainer Schuwirth (General), Edzard Reuter, Udo Steinbach, Wolfgang Lerch (Journalist), Wolfgang Koydl (Journalist), Hans van den Broek (EU-Kommission) u.v.a. Der Außenminister der Türkei hat jedoch seine Teilnahme mit der Begründung abgelehnt: „Die USA versuchen eine politische Lösung unter Beteiligung der PKK.“

(aus: Nützliche Nachrichten Nr. 2/98, hrsg. vom Dialog Kreis Köln. Quelle dort: Özgür Politika, 6. bis 11.6.98)

**Frankreich vor Einführung
der 35-Stunden-Woche**

Beginn der Schlittenfahrt

Von Bernhard Schmid, Paris

Am 1. Juli trat in Frankreich das gesetzliche Arsenal in Kraft, mit dem der Übergang zur 35-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit begleitet werden soll.

Das bedeutet konkret, daß ab diesem Datum jedes Unternehmen, in dem die Gewerkschaften mit der Direktion ein Abkommen zur Arbeitszeitverkürzung ausgehandelt haben, Anspruch auf staatliche Unterstützungszahlungen hat. In dem Fall, daß die Arbeitszeit in dem Unternehmen um mindestens 10 Prozent gesenkt und zugleich mindestens 6 Prozent neue Arbeitskräfte eingestellt werden, kann das Unternehmen pro Beschäftigten 9 000 Francs (2 700 DM) jährlich kassieren. Die Bedingung dafür ist, daß die durch Neueinstellungen erhöhte Beschäftigtenzahl mindestens zwei Jahre lang beibehalten wird; in dem Fall fließen die Begleitzahlungen fünf Jahre lang. Das Unternehmen ist also nicht daran gehindert, im dritten Jahr Entlassungen vorzunehmen.

Das Projekt der 35-Stunden-Woche wurde am 10. Oktober 1997 anlässlich eines „Sozialgipfels“ aus Regierung, Unternehmern und großen Gewerkschaftsbünden durch Premierminister Jospin verkündet. Die Gesetzesvorlage der Regierung, die nach der amtierenden Arbeitsministerin „Loi Aubry“ benannt ist, wurde vom Parlament am 19. Mai dieses Jahres verabschiedet.

Fallstricke und die Forderung nach „Gegenleistungen“

Doch der erste Eindruck, wonach sich hier ein „Primat der Politik“ gegenüber der Ökonomie – im Sinne der Kapitalinteressen – durchgesetzt hat, täuscht. Denn die „Loi Aubry“ stellt nicht etwa die verbindliche Regel auf, wonach die Arbeitszeit aller Beschäftigten in der Regel 35 Stunden pro Woche zu betragen hat. Vielmehr beschränkt der Gesetzgeber sich darauf, die „Sozialpartner“ – Gewerkschaften und Kapitalsseite – zu Verhandlungen aufzufordern, die im Falle eines erfolgreichen Abschlusses durch die genannten staatlichen Begleitzahlungen belohnt werden.

Im übrigen hat Regierungschef Lionel Jospin bereits in seiner programmatischen Rede vom 10. Oktober 1997 klar gestellt, daß Gewerkschaften und abhängig Beschäftigte für eine Arbeitszeitverkürzung „Gegenleistungen für diesen so-

zialen Fortschritt“ akzeptieren müßten, und zwar „sowohl was die Entwicklung der Löhne als auch die Organisation der Arbeitszeiten“ – sprich Flexibilität – „betrifft“.

Die Gefahren des gewerkschaftlichen „Pluralismus“ und ...

Hier kommt nun eine Besonderheit des französischen Arbeitsrechts zum Tragen. Da hier – im Gegensatz zur BRD mit ihrer Einheitsgewerkschaft – der „gewerkschaftliche Pluralismus“ herrscht, also mehrere Gewerkschaftsbünde parallel nebeneinander existieren, genügt die Unterschrift einer einzigen anerkannten Gewerkschaftsorganisation, um einen Tarifvertrag rechtsgültig zu machen. Damit kann auch eine äußerst minoritäre Gewerkschaft ein für alle abhängig Beschäftigten in einem Betrieb oder einer Branche gültiges und verbindliches Abkommen schließen.

... von Verschiebungen im Arbeitsrecht

Bis in jüngere Vergangenheit warf dies keine Probleme auf, da nach geltendem Recht das Arbeitsgesetzbuch den gesetzlichen Mindeststandard festlegt und ein tarifliches Abkommen oder ein Tarifvertrag nur Bestimmungen enthalten darf, die für die Beschäftigten „günstiger“ als die gesetzlichen sind.

Doch in den letzten Jahren hat sich (vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit) in Rechtsprechung und Praxis eine Tendenz immer mehr durchgesetzt, die ein Abkommen auch dann als „günstiger“ für die Lohnabhängigen erachtet, wenn es für letztere eine Reihe von „Opfern“ beinhaltet – sofern diese dazu dienen, Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen.

Der „Besitz“ eines Arbeitsplatzes stellt demnach einen so zentralen Vorteil dar, daß er eine ganze Reihe von Nachteilen (die konkreten Arbeitsbedingungen betreffend) mühelos aufwiegt. Der Kassationshof, der oberste französische Gerichtshof, hat sich in einem Urteil vom Februar 1997 dieser seit Jahren stärker werdenden Ansicht angeschlossen.

Somit ist es einzelnen Gewerkschaftsorganisationen problemlos möglich, auf der Grundlage des Aubry-Gesetzes Abkommen abzuschließen, die den abhängig Beschäftigten eine Reihe von Nachteilen einbringen, aber mit der arbeitsplatzerhaltenden oder -schaffenden Wirkung der Arbeitszeitverkürzung gerechtfertigt werden.

Samstagsarbeit, Flexibilisierung

Aufschlußreich dabei ist ausgerechnet das erste Abkommen, das auf der Grundlage des Aubry-Gesetzes abgeschlossen und so als Pionierleistung begrüßt wurde. Mitte April schlossen die drei rechten Gewerkschaften in dem Unternehmen GMF-Téléassurances, die telefonische Versicherungsberatung anbietet – die Vertretung der höheren Angestellten CGC, die christliche CFTC und die Haus-

gewerkschaft SAP – einen Vertrag, der durch die drei großen Gewerkschaften CGT, FO und CFDT heftig bekämpft wird. Das Abkommen sieht für die betroffenen Angestellten verkürzte Arbeitszeiten zwischen 32,5 und 35 Stunden sowie 6 Prozent Neueinstellungen vor. Doch die Gegenleistungen in Form einer weitgehenden Flexibilisierung der Arbeitszeiten – nach dem Willen der Betriebsleitung – haben es in sich: der Samstag wird (von 8 bis 20 Uhr) zum sechsten Pflichtarbeitstag. Das bisher bestehende Recht auf zwei aufeinanderfolgende Ruhetage entfällt, so daß die Direktion einen Beschäftigten umstandslos für eine Dienstzeit bis Samstagabend 20 Uhr und in der kommenden Woche ab Montag 8 Uhr einteilen kann.

Die Vorwarnzeit für die Beschäftigten, um ihre Einteilung in die Dienstplanung zu erfahren, wird von vier Wochen auf drei Tage verkürzt. Und selbst die Mittagessenspause von einer Stunde kann, je nach Auslastung des Unternehmens, durch die Vorgesetzten gestrichen werden. Kurzum: die Angestellten werden in hohem Maße für den „Bedarf des Unternehmens“ frei verfügbar gemacht.

35 Stunden als „Modernisierungsschub“

Zwischenzeitlich wurden eine Reihe weiterer „Pionierabkommen“ geschlossen, die zwar meist keine so spektakulären Härten für die Beschäftigten wie jenes von GMF-Téléassurances enthalten, aber dennoch Gegenleistungen der Lohnabhängigen für die Arbeitszeitverkürzung vorsehen. Die ersten Abkommen über die 35-Stunden-Woche wurden meist auf Initiative modernistischer Unternehmer hin geschlossen, die mit den Worten von Jean Espern, Vizedirektor und Leiter der Personalabteilung beim Bolloré-Mischkonzern (Tabak, Transportwesen und Energie), davon ausgehen, daß man „die Entwicklung besser offensiv beherrscht denn passiv über sich ergehen läßt“. Dies erlaube, fährt Espern fort, den Unternehmen, „zu rationalisieren und zu modernisieren“.

... oder einfach mehr Überstunden

Nicht alle Kapitalvertreter sind unterdessen so innovativ. Die UIMM, der mächtige Unternehmerverband der Metallindustrie – der stärkste der Kapitalverbände, die im Arbeitgeberbund CNPF zusammengeschlossen sind – präsentierte den Gewerkschaften der Branche Anfang Juli ihre Verhandlungsposition. Die UIMM verlangt von den Gewerkschaften die Zustimmung zu einer Erhöhung des Überstundenkontingents pro Jahr von derzeit 94 Stunden auf 282.

Die Differenz (188 Stunden) entspricht haargenau der Anzahl jener Überstunden, die es erlauben würden, bei einer theoretischen Wochenarbeitszeit von 35 Stunden de facto wöchentlich 39 Stunden arbeiten zu lassen: 188 Überstunden bedeuten genau 4 Wochenstunden, auf 47 Arbeitswochen im Jahr verteilt. Damit

hat der Metallarbeitgeberverband klar gestellt, daß er gewillt ist, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden nicht zu akzeptieren bzw. zu umgehen. Der weitere Verlauf der Verhandlungen in der Metallbranche bleibt abzuwarten.

Am Ende eine progressive oder eine neoliberalen Reform?

Es ist natürlich keineswegs ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften von ihrer Seite her in Zukunft das Aubry-Gesetz offensiv aufgreifen und so das Kräfteverhältnis in den Verhandlungen verändern. Nur dies könnte verhindern, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche – eine seit den 80er Jahren von den Gewerkschaften erhobene Forderung! – von einer progressiven zu einer neoliberalen „Reform“ abgleitet.

Frankreich

Neue Kriminalchronik des Front National

Von Bernhard Schmid, Paris

In Aix-en-Provence fand Anfang Juni ein Prozeß gegen drei Aktivisten des Front National statt, die wegen des Mordes an einem 17-jährigen Franzosen komorischer Abstammung vor Gericht stehen. Der Jugendliche Ibrahim Ali wurde durch drei Kugeln in den Rücken getötet.

Er war – den Ermittlungsergebnissen folge – auf dem Weg zur Bushaltestelle bis auf 17 Meter an den Haupttäter Robert Lagier herangelaufen gewesen, hatte nach den ersten Schüssen kehrtgemacht und war 18 Meter weit in die Gegenrichtung gelaufen. Somit wurde er von dem Profischützen Lagier aus 35 Meter Entfernung von hinten erschossen.

Die drei Angeklagten waren übrigens zur Tatzeit nicht, wie zunächst vermeldet, beim Plakatieren gewesen. Sie hatten vielmehr zu dem Zeitpunkt ihre Plakate fertig verklebt und sich bewaffnet an die Steuer ihrer Autos gesetzt, an denen alle Lichter ausgeschaltet waren, um die Plakate zu bewachen und auf mögliche „Übeltäter“ zu lauern, die da etwa auf die Idee kämen, diese abzurütteln.

Das Urteil: der Haupttäter Robert Lagier erhielt 15 Jahre Haft (die Staatsanwaltschaft hatte 20 Jahre gefordert), wird jedoch wahrscheinlich aus medizinischen Gründen Haftverschonung erhalten, da er an Leukämie erkrankt ist. Sein Mittäter Mario d’Ambrosio – selbst Kind italienischer Immigranten, ebenso wie

Für baskische Unabhängigkeit



Mehrere tausend Anhänger der baskischen Partei Herri Batasuna (HB) haben am 27.6.98 in Bilbao für die Unabhängigkeit des Baskenlandes demonstriert. Auf Transparenten forderten sie: „Laßt das Baskenland über seine Zukunft entscheiden“. Bei der Abschlußkundgebung sprach auch der HB-Politiker Jon Idigoras, der im Dezember zusammen mit 23 anderen Führungsmitgliedern der Partei zu sieben Jahren Haft verurteilt, aus gesundheitlichen Gründen aber vor kurzem entlassen worden war.

hav, Bild: Junge Welt

der Dritte im Bunde –, der ebenfalls geschossen hatte, ohne aber jemanden zu treffen, erhielt zehn Jahre Haft. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn sieben Jahre gefordert. Und der dritte Mann, Pierre Giglio, der zur Tatzeit unbewaffnet war, erhielt zwei Jahre, davon eines ohne Bewährung, das aber mit der U-Haft abgebüßt ist. Der Staatsanwalt hatte nur ein Jahr gegen ihn gefordert.

In Bordeaux begann unterdessen, noch während in Aix-en-Provence der Prozeß gegen das Trio lief, bereits ein weiterer Mordprozeß gegen zwei ehemalige FN-Aktivisten. Dieses Mal bekannte sich freilich die Partei, die in Aix ihren Chefideologen Bruno Mégret als Zeugen zugunsten der Angeklagten auftreten ließ, nicht zu der Brut, die sie da politisch großgezogen hatte.

Zwei Täter aus ganz verschiedenen Milieus

Die beiden Täter hatten sich anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung des FN-Chefs Jean-Marie Le Pen kennengelernt, im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 1995. Beide waren FN-Mitglied, aber auch – als Doppelmitglied – bei der Neonazi-Splitterpartei PNFE (Parti Nationaliste Français et Européen) organisiert. Für beide diente der Front National als eine Art Durchlauferhitzer, mit dessen nationalistischen und rassistischen Ideen sie sich vollsogen, um aber alsbald zu bedauern, daß die Partei ihre „Ideen“ nicht ohne Rücksichtnahmen in die Tat umsetzen könne.

Beide bewundern Adolf Hitler, der für Vincent Parera einen „Messias“ darstellt, zu dessen Lob er Tausende von Seiten Schriften in seinen Computer einspeiste und revisionistische Texte ins Internet stellte.

Die beiden Angeklagten stellen von ihrer gesellschaftlichen Stellung her einen absoluten Gegensatz dar: Vincent Parera, 42, ist Arbeitsloser, leicht verhaltensgestört und ansatzweise verrückt. Außer zu seiner Mutter hat er zu niemandem auf der Welt Beziehungen, mehrfach hat er Selbstmordversuche unternommen.

Er träumt davon, seine eigene Bewegung – eine Art „rassen“ anbetende Sekte, „mit einer Religion und einem schlagenden Arm“ – zu gründen und will dafür einen VW-Bus anmieten, um als eine Art Prediger durch Europa zu ziehen. Doch er hat keinen Pfennig Geld. Er nimmt Kontakt zu den führenden Auschwitzleugnern Frankreichs auf und trifft Robert Faurisson, von dem er sich beeindruckt zeigt.

Philippe Vigneaud, 26, ist erfolgreicher Student, kommt aus einem gutbürgerlichen Elternhaus, hat ein sauberes Führungszeugnis ohne Vorstrafen. Er wird durch die Ideen, mit denen er sich seit seinem Beitritt zum PNFE 1991 vollgesogen hat – sein Beitritt zum FN datiert vom März 1995 – in die folgende wahnwitzige Laufbahn getrieben. Als Parera den Studenten kennenlernt, tippt er in seinen Computer ein, er habe jenen Menschen getroffen, der „am besten zum Träger unserer Ideen von der Vorherr-

schaft der weißen Rasse berufen“ sei.

Gemeinsam beschließen sie im Mai 1995, das Geld für Pareras Pläne zu beschaffen, indem sie „einen Ausländer“ entführen und auf diese Weise Geld erpressen. Aus dem Telefonbuch von Toulouse suchen sie sich einen Arzt mit ausländisch klingendem Namen – asiatischer Herkunft – heraus, den sie kidnappten, der jedoch auf wundersame Weise davonkommt. Daraufhin beschließen sie, einen Citroen-Händler zu erpressen, weil die Firma Schuld daran trage, daß man in den 70er Jahren Arbeitsimmigranten ins Land geholt habe. Wiederum im Telefonbuch finden sie einen Citroen-Händler in der Gegend um Bordeaux, der auch noch einen jüdischen Namen – Lévy – trägt. Dieser wird entführt und sogleich umgebracht, gleichzeitig versuchen die beiden Täter, eine Millionenzahlung zu erpressen. Parera wird kurz darauf verhaftet. Wir schreiben Juli 1995.

Vigneaud wird in der Folgezeit in Montpellier einen weiteren Mord begehen: im September 1995 bringt er einen Herrn Mifsud um, den Chef einer Informatikgesellschaft, um sich dessen Papiere anzueignen und seine Identität anzunehmen. Er wird jedoch ebenfalls gefaßt.

Am 26.6.1998 wurde Philippe Vigneaud zu lebenslanger Haft verurteilt, Vincent Parera zu 20 Jahren FreiheitSENTZUG.

Südafrika

Parteitag der Kommunistischen Partei

Von Dagmar Gebhardt

Vom 1. bis 5. Juli 1998 fand in Südafrika der 10. Parteitag der Kommunistischen Partei (SACP) statt. Die Partei hat gegenwärtig 80 000 Mitglieder.

Heftige Kritik am Wirtschaftsprogramm GEAR

Das Zentralkomitee erklärte zur Eröffnung des Parteitages die Fortführung des Transformationsprozesses im Land als wichtigste zukünftige Aufgabe ange-sichts der Forderungen transnationaler Investoren und des in seinen Auswirkungen alle sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte erwürgenden makroökonomischen Programms GEAR. Deregulierungsmaßnahmen werden heftig kritisiert. Gefordert sei die Erarbeitung eines

differenzierteren Wirtschaftspro-gramms, das die sozialen Interessen des Volkes berücksichtigt und die südafrikanische Wirtschaft nicht ausschließlich den Globalisierungsinteressen der Konzerne unterwirft. Die Partei müsse sich in Zukunft neben der Regierungsmitarbeit vor allem bemühen, die Menschen für gesellschaftliche Veränderungen zu mobili-sieren.

Der Vorsitzende Blade Nzimande wies darauf hin, daß die Aufhebung des Ver-bots der SACP und der Wiederaufbau von legalen Parteistrukturen gerade in die Zeit der Aufspaltung der Sowjetunion und der triumphalen ideologischen Of-fensive der imperialistischen Kräfte fiel. 1950 war die Partei verboten worden. Nach Aufhebung des Verbotes 1990 hatte die Partei noch 2 000 Mitglieder. Die le-gale Parteiarbeit war bis zu den ersten freien Wahlen 1994 schweren Angriffen bis hin zur Ermordung von bekannten Führern der Partei ausgesetzt.

Die Allianz SACP-ANC-COSATU bleibt

Seit 1994 konzentrierte die SACP ihre politischen und personellen Kräfte auf die Mitarbeit in der Regierung. In der Re-gierungsallianz mit dem ANC und dem südafrikanischen Gewerkschaftsdach-verband COSATU ist der Einfluß der SACP auf die Entwicklung Südafrikas bedeutend. Dieses Bündnis ist seit dem Verbot des ANC 1960 wichtigste Grund-lage des Kampfes gegen das Apartheid-regime gewesen.

In der jetzigen Regierung stellen die Kommunisten vier Minister, zwei stell-vertretende Minister und 80 Parlaments-abgeordnete. Mitglieder der SACP sind insbesondere auch in den Provinzregie-rungen, auf Bürgermeisterstellen und als Gemeindevertreter tätig.

Programmatische Festigung der Partei angestrebt

Die Partei will sich nach intensiver Vor-bereitung dieses Parteitages programmati-schisch festigen, um die Nationale Demo-kratische Revolution zu stärken, und ein-deutig an den Zielen einer sozialistischen Gesellschaft festhalten.

Blade Nzimande forderte auf, die Un-abhängigkeit der Partei auch gerade innerhalb des Regierungsbündnisses in der Orientierung an sozialistischen Zielen und der Führung der Arbeiterklasse in der Nationalen Demokratischen Revolu-tion zu definieren.

Auf den ersten Kongreßtagen wiesen Präsident Nelson Mandela ebenso wie Vi-zepräsident Thabo Mbeki als Gastredner die Kritik der SACP am Wirtschaftspro-gramm GEAR heftig zurück. Für Ende Juli ist ein Gipfeltreffen der Mitglieder der Regierungsallianz vorgesehen, auf dem eine gemeinsame Plattform für den beginnenden Wahlkampf verabschiedet werden soll. Die SACP will an diesem Bündnis festhalten. Ende April 1999 fin-den in Südafrika die zweiten freien Wah-ten statt.



Trotz heftigem Streit auf dem Kongreß klatschen Mandela und der neue Vorsitzende der Kommunistischen Partei Südafrikas, Charles Nqakula, gemeinsam den Delegierten zu. Der ANC wurde von den Delegierten des Parteitages heftig angegriffen. Das neue Wirtschaftsprogramm des ANC habe einen kapitalisti-schen Kurs. Mandela wies die Angriffe mit dem Argument zurück, die Regie-rung repräsentiere nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze Land. Auch wenn der Kongreß die Regierung heftig attackierte (4 Minister stellt allerdings die KP), so war klar, daß kommunistische Politik nur mit dem ANC umgesetzt wer-den kann. Deshalb stellte der Kongreß auch in einer Resolution fest: „Wir wer-den als Kommunisten unermüdlich arbeiten, um einen Sieg des ANC in den Wah-ten 1999 zu sichern.“ Bild: ND



Algerien: Lounès Matoub ermordet

Mit Protestkundgebungen in fast allen größeren Städten Algeriens reagierte die Bevölkerung auf die Ermordung des populären Sängers Matoub Lounès, des wohl prominentesten Exponenten der Kabylen, die in Algerien rund ein Drittel der Bevölkerung stellen.

Bereits im Herbst 1994 war der Raisänger von einem Kommando der terroristischen GIA (Bewaffnete Islamische Gruppen) entführt worden. Die Kabylische Kulturbewegung MCB drohte den Islamisten daraufhin mit „bewaffneten Aktionen“, der Musiker wurde wieder freigelassen. Der 1956 geborene Matoub, der sowohl die islamischen Extremisten als auch die Militärregierung kritisiert hatte, war am Donnerstag vergangener Woche an einer Straßensperre vor seinem Wohnort Beni-Douala ermordet worden. Die Tat, die offenbar von islamischen Fundamentalisten verübt wurde, könnte mit dazu beitragen, daß die kabylische

Kulturbewegung, die bisher um politische Zurückhaltung bemüht war, um nicht zwischen die Fronten des Machtkampfes von Islamisten und Regierung zu geraten, ihre bisherige Linie verändert.

Die Proteste am vergangenen Wochenende richteten sich zugleich gegen ein Gesetz der amtierenden Militärregierung, das am 5. Juli in Kraft treten soll. Das vor anderthalb Jahren verabschiedete Gesetz sieht die Arabisierung von Bildungssystem, Medien und Verwaltung vor. Diese Maßnahme wird vor allem von den Islamisten begrüßt, da die Sprache des Koran zur Pflichtsprache wird. Sie hat allerdings einen Haken: Die Schriftsprache Hocharabisch wird von niemandem mehr gesprochen. Matoub wurde am vergangenen Sonntag unter der Anteilnahme Zehntausender in der Kabyle beigesetzt. Zur gleichen Zeit versammelten sich an der Place de la République in Paris etwa 5000 Menschen, um unter der Parole „Gegen die Gewalt der islamischen Fundamentalisten und die der algerischen Machthaber“ Matoubs zu gedenken.

Kosovo: Zwangseingetriebene Gelder für die UCK aus der BRD

Der amerikanische Diplomat Holbrooke hat in einem Zeitungsinterview gesagt, er habe im Kosovo erfahren, wie wichtig Gelder aus Deutschland, Dänemark und der Schweiz für die UCK seien. Auf Anfrage von Journalisten hat sich jetzt auch die Bundesregierung zu den Anschuldigungen geäußert. Die Bundesregierung sei bemüht, die Zwangseintreibung von Geldern zugunsten der „Kosovo-Befreiungsarmee“ UCK in Deutschland zu unterbinden, sagte der Sprecher des Bundesaußenministeriums Erdmann. Man habe sich in diesem Sinne an den Präsidenten der Kosovo-Albaner Rugova und an die Kosovo-Albaner in Deutschland gewandt. Allen Beteiligten sei aber klar, wie problematisch es sei, etwas gegen die vorwiegend von Exilalbanern erzwungenen Zahlungen zu unternehmen. Man habe es mit einer kaum kontrollierbaren

Grauzone zu tun, schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

USA: Linker Kongreß formuliert neue emanzipatorische Politik

Mehr als 2000 afroamerikanische Aktivisten versammelten sich vor einigen Tagen in Chicago, um über die Lage und Aufgaben zu diskutieren. Der Kongreß wurde im wesentlichen von den linkssozialistischen „Comites of Correspondence“ und der „Kommunistische Partei der USA“ vorbereitet. Angela Davis erläuterte, daß sich die Anzahl der afro-amerikanischen Gefangenen seit 1970 vervielfacht habe. Der Kampf gegen das „Gefängnis-Industrie-System“, müsse verstärkt werden. Am Ende des Kongresses einigte man sich auf eine Erklärung, in der es u.a. heißt, die afroamerikanisch-muslimische „Nation of Islam“ sei in einer unpolitisch-populistischen Sackgasse gelandet. Schwarze Bürger-

rechtler lehnten sich erfolglos an die Demokratische Partei Clintons an. Das wären gute Voraussetzungen für die schwarze Linke. In vielen Städten entstehen zur Zeit bündnislinke Foren des „black radical congress“. Diese sollen die verarmten schwarzen Gemeinschaften zum organisierten Widerstand mobilisieren, gegen Klassenausbeutung, Rassismus und Patriarchat.

Venezuela: Streik in der Ölindustrie

Rund 14 000 Arbeiter in der staatlichen Ölindustrie von Venezuela streiken für höhere Löhne. Nach Angaben der Gewerkschaften werden in den kommenden Wochen die Streiks ausgeweitet. Die Streikenden fordern eine Lohnerhöhung von 5 000 Bolivar (16 DM) pro Tag. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters in der venezolanischen Ölindustrie liegt derzeit bei 3 000 Bolivar. Die Regierung lehnt eine Erhöhung mit der Begründung ab, die Ölpreise seien auf einem Tiefstand seit 12 Jahren. Die Ölausfuhr macht 75% des venezolanischen Transports aus.

Rußland: Bergleute wieder im Streik

Zum zweiten Mal in zwei Monaten haben russische Bergarbeiter die Gleise der Transsibirischen Eisenbahn blockiert. Aus Protest gegen die seit Monaten ausstehenden Lohnzahlungen besetzten sie die Gleise in Mittelsibirien und hielten alle Güterzüge an. Personenwagen durften passieren. Nach Darstellung der Bergleute zahlte die Regierung bisher nur zwei Drittel der ihnen nach ihrer Aktion im Mai versprochenen 1 Milliarde Rubel (etwa 290 Mio. DM) aus.

Dänemark: Ausländergesetz verstößt gg. Grundsatz der Gleichberechtigung

Diese Auffassung vertreten zumindest Menschenrechtsgruppen aus Dänemark, die deswegen von der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR das neue dänische Ausländergesetz prüfen lassen. Nach dem Gesetz das kurz vor der Sommerpause verabschiedet wurde, haben Flüchtlinge während einer dreijährigen Integrationsphase nicht länger Anspruch auf die normalen Sozialhilfesätze. Falls die Flüchtlinge an den vorgeschriebenen Sprachkursen nicht teilnehmen oder Jobangebote ablehnen, kann die Sozialhilfe um weitere 20% gekürzt werden. Nach Angaben der Flüchtlingsverbände liegt der Satz, mit dem die Flüchtlinge auskommen müssen, um 500 niedriger als die Summe, die entsprechenden dänischen Familien zusteht. Die Regierung verteidigt das Gesetz mit der Behauptung, finanziell würden die Flüchtlinge dänischen Studenten gleichgestellt. Das halten die Flüchtlingsorganisationen für Hohn. Studenten haben ganz andere Lebensverhältnisse als Flüchtlinge.

Zusammenstellung: hav

Antirassistisches Aktionscamp an der deutsch-polnischen-tschechischen Grenze vom 24.7. bis 2.8.

GÖRLITZ. Grenze besteht heute nicht mehr aus herkömmlichen Befestigungsanlagen: PolitikerInnen und Behörden schüren systematisch ein Klima von Verrat und Verunsicherung, das Flüchtlinge und MigrantInnen den Grenzübertritt unmöglich machen soll. Wer sich nicht von paramilitärischen Patrouillen abhalten läßt, soll von Bürgerwehren im Hinterland, einem Heer von Denunzianten und verschreckten Anwohnern zur Strecke gebracht werden. Ein breites Bündnis aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen organisiert ein einwöchiges Aktionscamp in der Nähe von Görlitz. Das Camp ist einer der diesjährigen Höhepunkte der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“. Teilnehmen werden auch Gäste aus Tschechien und Polen sowie einigen weiteren Ländern. Kontakt: Sommercamp c/o Forschungsstelle Flucht und Migration, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel. 030-6 93 56 70 oder 0172-8 91 08 25, Fax 030-6 93 83 18.

Keine nationalistischen und rassistischen Zeitungen in Deutz !

DEUTZ/KÖLN. Die Jusos in Deutz und Kalk/Humbold-Gremberg haben eine gemeinsame Aktion gegen die DVU, gegen Gerhard Frey und dessen Zeitung „Deutsche National-Zeitung“ sowie gegen die „Junge Freiheit“ gestartet. Ziel ist es, die ZeitungsverkäuferInnen in den oben genannten Stadtteilen davon zu überzeugen, diese rechten Hetzblätter aus dem Sortiment zu nehmen. Nachdem

in den Verkaufsstellen Überzeugungsarbeit geleistet worden ist, hat man die Zeitungen tatsächlich bereits aus den Deutzer Büdchen verbannt. In Kalk und Humbold-Gremberg konnte die Aktion noch nicht durchgeführt werden, dies soll aber nachgeholt werden. MW

Räume im Dresdner Hygienemuseum. Als aber die Museumsleitung merkte, daß es sich um eine Veranstaltung Rechtsradikaler handelte, kündigte sie den Mietvertrag und forderte die Besucher auf, das Gebäude zu verlassen. Als die etwa 250 Teilnehmer sich weigerten, räumte die Polizei das Museum. Abgeordnete von PDS und Bündnis 90/Die Grünen bezeichneten es als einen Skandal, daß Rouhs die Räume überhaupt hatte anmieten können. u.b.

Antifaschisten warnen: Keine Rechten ins Parlament !

HANNOVER. Auf ihrem Bundeskongreß am 13./14. Juni hat die VVN-BdA beschlossen, in den Bundestagswahlkampf einzugreifen und auf die gefährliche Rechtsentwicklung hinzuweisen. Dazu sind jetzt Flugblätter, Plakate und Aufkleber erschienen. Unter der Überschrift „Antifaschisten warnen“ kommen Anne Rieger, Gewerkschaftssekretärin und Mitglied der VVN-BdA in Baden-Württemberg, und Peter Gingold, der unter anderem in der Resistance gegen die Nazis kämpfte, zu Wort. Die Materialien können bei der VVN-BdA Bundesgeschäftsstelle, Rolandstr. 16, 30161 Hannover bestellt werden. 50 Aufkleber kosten 2,50 DM, 100 Flugblätter 13,00 DM, A3-Plakate 22 Pfennig das Stück.

„Europa Vorn“-Pressefest von der Polizei aufgelöst

DRESDEN. Wohl in der Hoffnung auf weniger Störungen hatte Verleger Manfred Rouhs, Herausgeber der neofaschistischen Zeitschrift „Europa Vorn“, sein diesjähriges Pressefest am Samstag, den 27. Juni, nach Sachsen gelegt und es als „währungspolitische Veranstaltung zum Thema Einführung in den Euro“ ausgegeben. Dank dieser Täuschung erhielt er

SPD droht mit Verfassungsklage gegen die bayer. Hochschulreform

MÜNCHEN. „Das ist ein Gesetz, das Leistung belohnt“, tönt die CSU. Sie will die Hochschulreform bereits im August zur Ausführung bringen. Dann hält der „Wettbewerb“ auf allen Ebenen Einzug: Öffentliche Mittel fließen nur, wenn die Unis Bilanzen über ihre outputs vorlegen, das gleiche gilt für die Professoren. Aber auch die Studierenden müssen sich vorboxen, denn jede Hochschule soll ein Drittel ihrer Studenten selbst auswählen. Den „Wettbewerb“ anheizen werden die externen „Experten“, die im neuen Hochschulrat das Sagen haben. Die SPD sieht darin eine Verletzung des Rechts auf Freiheit in Lehre und Forschung und kündigt eine Verfassungsklage an, falls das Gesetz so im Juli beschlossen wird. Neben verschiedenen Protesten, von denen wir hier mehrfach berichteten, sammeln Studierende derzeit Unterschriften für ein Volksbegehren. Dazu haben sie einen Verein „Bessere Bildung in Bayern“ gebildet, der über Thorsten Müller, Göbelshausenstr. 1/1004, 97074 Würzburg erreichbar ist. baf

FRANKFURT/MAIN. Rund 1000 TeilnehmerInnen hatte die Demonstration am 27. Juni anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. Die Aktion, zu der ein Bündnis von antifaschistischen, sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Gruppen und Personen mobilisiert hatte, stand unter dem Motto: Gegen ein Europa der Konzerne, der Massenarbeitslosigkeit und des Sozialabbaus. Für eine Welt, in der viele Platz haben ... Das Bündnis hatte über das Rhein-Main-Gebiet hinaus mobilisiert. Einige TeilnehmerInnen waren sogar aus den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, Dänemark und der Schweiz an-

gereist. Die VeranstalterInnen hatten bei der Vorbereitung darauf wert gelegt, daß während und auf der Demonstration verschiedene Themen behandelt werden bzw. viele unterschiedliche Gruppen zu Wort kommen. Es gab demzufolge z. B. Aktionen und Beiträge vor der Börse, der Deutschen Bank, der Firma Degussa usw..

Behandelt wurden so verschiedene Themen wie das Multilateral Agreement of Investment (M.A.I.), der Protest von Peoples Global Action anlässlich der Tagung der Welthandelsorganisation in Genf im Mai, die Euro-Pläne des deutschen Bankkapitals („Sonn- und Feiertag bleiben arbeitsfrei!“, s.a. S. 20), die Geschäftspolitik deutscher Konzerne im Faschismus, die Kritik der Zapatistas aus Mexiko an den Auswirkungen des Neoliberalismus – um nur einige zu nennen. Von den Samstagsmüttern aus Istanbul, die sich auf ihrer Rundreise gerade in der Stadt Frankfurt aufhielten, wurde eine Grußadresse verlesen. ola



Hafenkrankenhaus: Planung für Gesund- heitszentrum fertig

Ein Stadtteil steht auf

Durch den starken Widerstand im Stadtteil St. Pauli, begleitet von Montagsdemonstrationen, Unterschriftenaktionen und schließlich von der Besetzung einer Station des Hafenkrankenhauses (HKH) gegen die gesamte Schließung, konnte ein Leeräumen und Demontieren von medizinischen Geräten verhindert werden. Die Maßnahmen fanden große Unterstützung durch viele HamburgerInnen aus anderen Stadtteilen.

HAMBURG. Nur der Wachsamkeit der Menschen von St. Pauli ist es zu verdanken, daß das Grundstück und die Gebäude nicht zu Spekulationsobjekten wurden. Nach der Schließung des HKHs wurde erreicht, daß rund um die Uhr die St. Pauli-Ambulanz im April 97 wieder für die Menschen auf St. Pauli geöffnet wurde. Weiterhin fanden Diskussionsprozesse statt, wie eine medizinische und soziale Versorgung in den Stadtteilen St. Pauli und Neustadt wieder geschaffen werden können. Durch den politischen Druck von den Menschen auf St. Pauli wurde vom Senat ein St. Pauli-Forum für alle Interessenvertreter wie Kirchen, Schulen, Geschäftsleuten, Ärzten, Initiativen, Vereinen und Verbänden eingerichtet. In vielen Diskussionsrunden mit dem ehemaligen Senator Mirow der Stadtteilentwicklungsbehörde wurde die Gesundheits Consult GmbH beauftragt, durch eine Bedarfsanalyse für die Stadtteile St. Pauli und Neustadt den sozialen und medizinischen Bedarf zu ermitteln. Darüber hinaus wurde ein Planungs- und Initiativenbüro für ein Gesundheitszentrum in der ehemaligen besetzten Station D eingerichtet.

Das Ergebnis der Bedarfsanalyse bestätigte die erheblichen Lücken in der sozialen und medizinischen Versorgung. Daraufhin haben zahlreiche VertreterInnen von heilmedizinischen und sozialen Einrichtungen Konzepte erarbeitet für eine Vernetzung im SGZ. Auch die Ärzte waren nicht untätig, sie haben sich am 27.5.98 zu einem Praxenverbund „Hanse Ärzte St. Pauli“ vernetzt.

Was erwartet uns im Gesundheitszentrum?

Eine rund um die Uhr Notfallambulanz und eine Klinik mit ca. 30 Betten mit Fachärztinnen und Fachärzten, z.B. Chirurgen und Orthopäden, Frauen- und Kinderärzten und Ärzten der inneren Medizin. Im GZH gibt es einen Patientenkompaß, der Auskunft über alle Einrichtungen gibt. Weiterhin den Hafenärztlichen Dienst, die Impfstation, eine Zentrale für an Tuberkulose Erkrankte, einen akupunkturstützten ambulanten Entzug für DrogenkonsumentInnen, eine Krankenstube für Obdachlose, vielsprachige Angebote für MigrantInnen und Flüchtlinge und eine Bundeszentrale zur Übersetzung der Gebärdensprache. Weiterhin gibt es den Bereich Krankengymnastik, Ergotherapie, alternative Medizin (Homöopathie), Angebote für ältere Men-

schen, eine Apotheke und verschiedene Kursangebote. Es gibt ein Restaurant und ein Stadtteil-Café in einem schön gestalteten Park mit Sitzbänken, um sich zu treffen, zu verständigen und zu klönen. Es wird Spielmöglichkeiten und einen betreuten Kinderspielplatz geben.

Welche gemeinsamen Schritte müssen getan werden?

- Der Senat muß jetzt einen Beschuß fassen zur Umsetzung der geplanten Notfallambulanz mit Klinik und einer Verzahnung von medizinischen und sozialen Projekten.
- Die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) muß jetzt alle vorliegenden Konzepte zu einem Finanzierungsplan gestalten und dem Senat zur Entscheidung vorlegen.
- Das Grundstück, die Gebäude und die Ausstattung müssen kurzfristig z.B. über eine Treuhandregelung so greifbar sein, daß kein notwendiges Projekt wegen zu hoher Mieten außen vor bleiben muß.
- Die geplanten Altenwohnungen werden auf die Bedarfe der BewohnerInnen hin überprüft. Sie öffnen sich auch für generationenübergreifende Wohnformen und werden mit der Stadtteilentwicklung und der Planung des Gesundheitszentrums abgestimmt.

Das Wohl der Patientinnen und Patienten ist der Maßstab und unser Kompaß. Es geht auch um Patienten-Begleitung, eine flexible, angemessene Behandlung in dem Sozial- und Gesundheitszentrum.

Ziel muß es sein, schon im Herbst mit den ersten Projekten zu beginnen.

Initiative Ein Stadtteil steht auf

Beschluß der Bürgerinitiativen „Kein Flughafenausbau – Nachtflugverbot“

Keine Beteiligung an der „Mediation“

FRANKFURT/WIESBADEN. Nach über sechs Wochen eindringlicher Beratung und Diskussion haben die im Bündnis zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen am Donnerstag, den 25.6.98 entschieden, nicht an der von der Landesregierung eingeleiteten Mediation teilzunehmen.

Weder die Flughafen AG (FAG) noch die Hessische Landesregierung, Parteien oder Verbände haben bisher eindeutige klare Ziele bzw. Pläne für eine oder meh-

rere Ausbaumaßnahmen in Frankfurt und Wiesbaden-Erbenheim vorgelegt. Dagegen hat die Deutsche Lufthansa AG eine weitere Start- und Landebahn im Frankfurter Stadtwald (sog. Nordbahn) gefordert. Bezeichnenderweise werden weder die Pläne der Nordbahn, noch die einer eventuellen Nutzung von Wi-Erbenheim dementiert.

Für die Bürgerinitiativen ist diese offensichtliche Unklarheit nicht Zufall, sondern Teil der Strategie mit dem Ziel, etwaige Widerstandspotentiale auszuloten. In dem Bewußtsein jedoch, daß große Teile der Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet gleichermaßen Betroffene einer permanenten Verschärfung ökologischer Belastungen sind, regt sich bereits jetzt allerorten Widerstand gegen einen weiteren Ausbau des Flughafens.

Neben der grundsätzlichen Ablehnung gibt es folgende Gründe, sich nicht an der Mediation zu beteiligen:

1. Das Verhandlungsziel und das Ergebnis dürfen nicht in der Formulierung vorab präjudiziert werden.
2. Die Gruppe der Mediatoren ist nicht ausgewogen zusammengestellt. Der vorgelegte Vorschlag sieht eindeutig eine

Zur „Mediation“

... Im Zusammenhang mit der drohenden Flughafenerweiterung steht offensichtlich das Ziel im Vordergrund, mittels eines Mediationsverfahrens „Akzeptanzmanagement“ zu betreiben, wie es auch in der einschlägigen Literatur zum Thema beschrieben wird: „Durch ein derartig abgestimmtes Vorgehen verbessern sich die Erfolgsschancen staatlichen Handelns und erleichtern somit die Entscheidungsfindung der Administration... Mögliche Folgen sind Kosten- und Zeitersparnis, insbesondere die Vermeidung langwieriger gerichtlicher Auseinandersetzungen.“ (T. Barbian, Mediation bei Umweltkonflikten ...)

Mehrheit der Beteiligten bei den Ausbaubefürwortern.

3. An keiner Stelle des Mediationsvertrages ist zu erkennen, in welchem konkreten, für die Politik und FAG bindenden Vertrag ein Ergebnis münden könnte. Mediation verkommt hier zu einem weiteren Beraterkreis für Ministerpräsident Eichel.

4. Der Luftlandeplatz Egelsbach mit 90 000 Flugbewegungen wurde bei der Vorlage der Mediation nicht berücksichtigt. Der geplante Ausbau von Egelsbach ermöglicht dem Frankfurter Flughafen die Verlagerung von sog. kleinem Fluggerät und eine Steigerung auf 500 000 Flugbewegungen.

5. Die Schädigungen der Umwelt wurden in der Mediation reduziert auf die Auswirkungen des Fluglärmes, andere Schäden wurden ausgeklammert.

6. Wir wollen die Landtagsparteien da-

zu zwingen, daß sie vor der Landtagswahl im Februar 1999 eine klare Aussage zum Flughafenausbau abgeben. Die Vertreter und Kandidaten aller Parteien sollen den BürgerInnen klar sagen, ob sie nach dem Februar 1999 noch mehr Lärm und Abgase, Waldzerstörungen und Flächenversiegelungen zulassen werden oder ob der Flugverkehr in Hessen eine Obergrenze erhält.

Wir haben in knapp acht Jahren rot-grüner Landesregierung die leidvollen Erfahrungen gemacht, daß der Luftverkehr, mit Lärm und Abgasen um mehr als 20% zugenommen hat, des Nachts sogar um über 100% (statt 40 haben wir jetzt 90 Flüge jede Nacht!). Am Boden wurde permanent erweitert und Natur zerstört:

- Neubau des Terminal II
- Cargo City Süd (30 ha unnötiger Waldzerstörung), jetzt kommen noch weitere 170 ha US-Air Base Gelände dazu!
- ICE Strecke und ICE Bahnhof – Terminal III (58 ha Wald), auf dem grotesker Weise jetzt auch noch Bürogebäude zusätzlich errichtet werden sollen!
- Lufthansa Schulungsgebäude erneut im Wald (außerhalb des Zauns!) ca. 15 ha.

Des Weiteren wurde seit 1991 wiederholt eine Gesamtbelastungsstudie versprochen, die bis heute nicht über eine Vorstudie hinausgekommen ist.

Der Vorschlag zur Mediation hat erkennbar das politische Ziel, den Flughafenausbau aus dem Landtagswahlkampf und möglichen Koalitionsverhandlungen herauszuhalten und auf das Jahr 2000 zu verschieben.

Das Bündnis der Bürgerinitiativen keinen Flughafenausbau – für ein Nachtflugverbot ist gerne bereit, einen Dialog darüber zu beginnen, wie mittel- und langfristig sichergestellt werden kann, daß die Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet vor weiteren Gesundheitsschäden, insbesondere durch Nachtflüge vom Rhein-Main Flughafen, geschützt werden kann. Schwerpunkt muß dabei eine Reduzierung des Luftverkehrs sein.

... Die Bürgerinitiativen können sich nicht auf eine angeblich „neutrale“ Vermittlung gegensätzlicher Standpunkte einlassen, zumal das Votum der Mediationsrunde in keinem Fall bindend für die Entscheidung der Landesregierung ist.
Pressemitteilung des Bündnisses, 26.6.98

Albanische Flüchtlingsfamilien

Kirchenasyl

WALDKIRCH. Breite Solidarität in der Stadt, über 1000 Unterschriften unter eine Petition

Obwohl in der serbischen Provinz Kosovo die Auseinandersetzung zwischen den serbischen Autoritäten und der albanischen Bevölkerung eskaliert, wurde von der Bundesregierung wie auch von den meisten Länderregierungen kein zeitlich befristeter Abschiebestopp in die Kri-

Nationalismus im Kosovo ist die falsche Antwort

Am 28. November 1912 konnten die Albaner eine unabhängige Republik ausrufen, wobei mehr als ein Drittel der Bevölkerung dieser Republik nicht angehörte. Die Grenzziehung erwies sich als schwierig. Gerade auf dem Balkan, wo immer neue Einwanderungsbewegungen und auch Eroberungszüge Völker verschiedenen Ursprungs zusammenführten, waren nationale und ethnisch begründete Bewegungen immer Auslöser für Krisen oder kriegerische Auseinandersetzungen. Der nach Titos Tod erstarkende serbisch dominierte Nationalismus hat die 1,7 Millionen Kosovo-Albaner besonders nach den Ereignissen im März 1989 immer stärker ihrer Rechte beraubt und immer mehr unterdrückt. Im März 1989 löste die serbische Regierung den autonomen Status auf. Seitdem herrscht Belgrad mit Notstandsgesetzen, die jede Willkür rechtfertigen.

Im Kosovo entstand über die Jahre ein albanischer Nationalismus, der jetzt begonnen hat, sein Ziel mit Waffengewalt durchzusetzen. Im Unterschied zu Bosnien ist der Kosovo keine Republik, son-

dern nur serbische Provinz. Das heißt, die Forderung nach einer Republik Kosovo stellt die völkerrechtlich anerkannten Grenzen wieder zur Disposition. Wenn nun in Europa mit dieser Politik der neuen Grenzziehung begonnen würde, kämen noch weitere Konfliktfelder hinzu und das Völkerrecht würde Makulatur. Die Basken, die Bretonen, die Katalanen, die Korsen und noch zahlreiche andere europäische Völker könnten auf die nationale Idee kommen, eigene Republiken zu fordern. Des Weiteren könnten sich weitere Konfliktfelder in Mazedonien (500 000 lebende Albaner), Süd-Italien (100 000 lebende Albaner) Griechenland, Montenegro, usw. auftun. Diese Politik würde auch dem Geist des Dayton-Abkommens von Bosnien widersprechen. Nach dem Dayton-Abkommen wird trotz aller gegensätzlichen Entwicklungen versucht, daß die verschiedenen Völker in Bosnien eine gemeinsame Regierung bilden und zu einem gemeinsamen friedlichen Miteinander finden. Dazu gibt es keine Alternative.

was

senregion verhängt. Erst nach dem die Europäische Union ein Landeverbot für jugoslawische Fluggesellschaften verhängt hat und damit auch jugoslawische Flughäfen nicht mehr anfliegt, können auch keine albanischen Flüchtlinge mehr in den Kosovo zurückgeschoben werden.

Pfarrgemeinderat einstimmig

In Waldkirch hat der schon lange Jahre tätige Arbeitskreis Asyl die Eigeninitiative ergriffen und sich gegen die Abschiebepraxis der baden-württembergischen Landesregierung gestellt. Der katholische Pfarrgemeinderat hatte auf Anregung des Arbeitskreises die Gewährung eines Kirchenasyls für zwei albanische Familien aus Waldkirch einstimmig beschlossen. Der katholische Pfarrer setzt sich entschlossen für die beiden Familien ein. Seit Sonntag den 10. Mai 1998 gewährt die katholische Kirche St. Margarethen den beiden kosovo-albanischen Familien Berisha und Gashi Kirchenasyl. Die Kirche stellte auch sofort zwei Wohnungen zur Verfügung, in der die beiden Familien bis heute untergebracht sind.

Nachdem am 11. Mai 1998 in der örtlichen Presse ein ausführlicher Bericht über das Kirchenasyl zu lesen war, kam es zu zahlreichen Solidaritätsbekundungen. Der Bürgermeister der Stadt Waldkirch, Richard Leibinger, die Gemeinderatsfraktionen der offenen Liste, die SPD, CDU und die Freien Wähler erklärten ihre Unterstützung. Die Unterstützungsangebote gingen von finanzieller Hilfe bis hin zum politischen Engage-

ment an höherer Stelle, sich für ein Bleiberecht der beiden Familien einzusetzen. Neben der katholischen Kirche zeigte auch die evangelische Kirche Bereitschaft für ein Kirchenasyl. Für die ärztliche Versorgung im Falle einer Krankheit, vor allem für Kinder, wurde ebenfalls vorgesorgt. LehrerInnen verschiedener Schulen brachten sich ein und boten einen Begleitschutz für die Kinder an, da befürchtet wurde, die Polizei könnte die Kinder abgreifen, um die sich im Kirchenasyl befindenden Eltern unter Druck zu setzen. Doch nachdem auch mit der Waldkircher Polizei ein Gespräch geführt wurde, war diese Initiative hinfällig. Die Polizei erklärte öffentlich, daß sie nicht in das Kirchenasyl eingreifen werde, und erst recht nicht Kinder festnehmen würde, um Eltern unter Druck zu setzen.

Zur weiteren Verankerung des Kirchenasyls hat ein größerer Kreis um den Arbeitskreis Asyl weitere Aktivitäten beschlossen. Innerhalb der Pfarrgemeinde laufen verschiedene Anstrengungen, ein Solidaritätskonto wurde eingerichtet, eine Petition verfaßt, unter der in der gesamten Stadt Unterschriften gesammelt werden. Mittlerweile sind über 1000 Unterschriften zusammengekommen. Die Stadt Waldkirch wird die Unterkünfte, in der die beiden Familien vor dem Kirchenasyl gewohnt haben, weiterhin freihalten. Das Kreissozialamt wird die Sozialhilfe weiterbezahlen, solange zumindest kein polizeilicher Abschiebeauftrag ergangen ist.

Verschiedene PolitikerInnen und Mi-

nister, wie auch der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel und Außenminister Kinkel wurden über das Kirchenasyl in Waldkirch informiert. Ziel der brieflichen Aktivitäten auch an das Regierungspräsidium Freiburg ist das Erreichen eines sicheren Aufenthaltsstatus für beide Familien.

Asylfolgeantrag

Für die beiden Familien Berisha und Gashi wurden Asylfolgeanträge ausgearbeitet. Da sich die Lage in der Provinz Kosovo doch entscheidend im Vergleich zur Erstasylantragstellung verändert hat, finden auch neue Beweise Eingang in die Asylfolgeanträge. Der Rechtsanwalt der beiden Familien wird in den nächsten Tagen die Asylfolgeanträge bei der Freiburger Bezirksstelle für Asylangelegenheiten abgeben. Dann bleibt abzuwarten, ob das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge die Asylanträge zur weiteren Bearbeitung annimmt oder nicht. Bis zum Entscheid der Annahme können Monate vergehen. Werden die Anträge nicht angenommen, bleiben noch ein Rechtschutzantrag und eine Klage gegen die Nichtannahme des Asylantrages. Werden die Folgeanträge angenommen, beginnen die Asylverfahren wieder von Neuem. *was*

sieren. Mit Überschriften wie „Polizei sichert Essenabgabe an Asylannten“ wurde die Boykottaktion als krimineller Akt einiger weniger durchgeknallter Flüchtlinge dargestellt, die noch dazu von außen aufgestachelt worden seien. Der Lokalinitiative „Kein Mensch ist illegal“ wurde die Verbreitung fingierter Erklärungen unterstellt, weil sie den Flüchtlingen geholfen hatte, die Presse über den Boykott zu informieren. Auch der örtliche AK Asyl machte kein gutes Bild. Sprecher Werner Baumgarten zeigte zwar Verständnis für den Unmut der Flüchtlinge, distanzierte sich aber gleichzeitig von der Boykottaktion. Eifrig bastelte er mit an der Verschwörungstheorie, die Flüchtlinge seien von außen manipuliert worden („irgendeine Gruppe hat den Flüchtlingen Flöhe ins Ohr gesetzt“). Am Freitag schließlich brach der Boykott zusammen, noch während eine Delegation von 40 Flüchtlingen mit dem Sozialamt verhandelte. Die konzentrierten Befriedungsmaßnahmen von Polizei, Sozialamt und Lokalpresse hatten ihr Ziel erreicht.

Im Lager herrscht nun Friedhofsrufe. Interne Versammlungen trauen sich die Flüchtlinge nicht mehr durchzuführen. Das Damoklesschwert einer Verlegung in andere, noch schlimmere Unterkünfte hängt über ihnen. Die Stadt indessen hat beschlossen, einen privaten Wachdienst für das Lager einzurichten.

Christoph Gommel

(Initiative „Kein Mensch ist illegal“)

- Nachtrag: Am Dienstag, den 16. Juni wurde die Essenversorgung von einem Paket- auf ein Gutscheinsystem umgestellt. Die Umstellung stand schon vor dem Boykott fest, wurde durch ihn aber womöglich beschleunigt. Dreimal die Woche zwei (!) Stunden „dürfen“ die Flüchtlinge in einem speziell für sie eingerichteten „Laden“ mit Gutscheinen zu (umgerechnet) völlig übererten Preisen einkaufen. Durch die Boykottaktion haben die Flüchtlinge immerhin erreicht, daß ihnen das Sozialamt bezüglich dem Ladensortiment ein Mitspracherecht eingeräumt hat. *C.G.*

Privatuni Heilbronn

Zucker und SIMT – das Spiel beginnt...

HEILBRONN. Die Suche nach einem geeigneten Standort für die Privatuniversität des „Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT) hat zu einer (gewollten) Konkurrenz in der Region geführt. Die Städte Schwäbisch Hall und Heilbronn bieten sich mit millionenschweren Angeboten der SIMT an. Wer denkt, daß eine Privatuni privat finanziert wird, irrt. Wie selbstverständlich wollen das Land und die sich bewerben Städte mit Millionen DM die Gründung mitfinanzieren. Wie bei der Subventionierung des Musicalkönigs Deyle durch das Land, wirft sich Wirtschaftsminister Döring

(FDP) ins Zeug, wenn es um die öffentliche Finanzierung einer doch höchst privatkapitalistischen Angelegenheit geht. Schließlich seien, so die IHK Heilbronn, die neuen Wege der SIMT-Hochschulausbildung am Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet. Hier ein Artikel, der diese Thematik standortabhängig aufgreift.

Sie wissen nicht, wie Sie die öffentlichen Kassen völlig legal plündern können? Dann wollen wir Ihnen gerne auf die Sprünge helfen. Das Rezept ist ganz einfach: Sie kaufen ein Grundstück mit alten Häusern, vorzugsweise Kasernen, die kein Mensch mehr haben will. Die Preise für solche Objekte liegen bei einer Mark – symbolischer Kaufpreis, versteht sich. Dann warten Sie ab, denn Sie brauchen noch zwei weitere Zutaten:

- Einige Hochschulrektoren und -professoren, die in ihren Einrichtungen nicht mehr gelitten sind. Die können authentisch berichten: von unqualifizierten, unmotivierten Bummelstudenten, reformunwilligen Hochschulgremien – von all den beklagenswerten Zuständen, die die Lufthöheit über den Stammtischen sichern.

- Dann müssen noch einige Vertreter der Wirtschaft her. Konstruktiv-lösungsorientiert und dem Gemeinwohl verpflichtet, wie unsere Manager so sind, erklären sie dem Publikum, wie das Problem angepackt werden muß: durch Wettbewerb, Elitebildung, Effizienz – wirtschaftliche natürlich – und Privatisierung. Deshalb stellen sie großzügig in Aussicht, die eine oder andere Million springen zu lassen.

Jetzt sei aber erst einmal der Staat am Zuge. Nicht mit bürokratischen Vorgaben und Reglementierungen, sondern mit schnödem Mammon. Warum müsse eine Privat-Uni privat finanziert werden? Nein, das sei eine gemeinschaftliche Pflichtaufgabe und bedürfe eines gesamtgesellschaftlichen Kraftaktes.

Diese Botschaft leuchtet selbst Politikern ein, die öffentlichen Einrichtungen wie Hochschulen, Schulen, Kindergärten oder Kulturzentren längst den Geldhahn zugeschraubt haben. So, und jetzt können Sie Ihr Süppchen kochen. Denn nun setzen Städte und Gemeinden zum Wettlauf an: Wer bietet den Sponsoren (wie viel Geld wollten die noch mal investieren?) die besten Bedingungen – Anschub- und weitere Finanzspritzen, Infrastruktur und was sonst noch eine Rolle spielt? Denn wer will sich nicht mit dem Titel „Universitätsstadt“ schmücken, Herbergsvater einer „Privatuniversität“ sein? Das klingt nach Abenteuer, nach Innovation, nach Experimentier- und Reformfreude.

Wenn Sie jetzt ihre maroden Gemäuer nicht für ein paar Millionen an die öffentliche Hand zurückverscherbeln, ist Ihnen leider nicht zu helfen. Dann haben Sie in der Schule beim Thema „Marktwirtschaft“ nicht richtig aufgemerkt. Artikel aus der GEW Zeitung „bildung und wissenschaft“ Nr. 5/98. Unter der Überschrift „Letztes Wort“ verfaßte ihn Ulf Rödö.

Mecklenburg-Vorpommern: NPD + DVU mobilisieren

Im „Offenen Blatt“ der PDS Mecklenburg-Vorpommern berichtet Peter Ritter über die Wahlvorbereitungen der Neonazis und ein Beispiel für Gegenwehr:

„Nur wer Protest wählt, also DVU, verpaßt den für unsere Misere in Bonn und Schwerin Verantwortlichen den angemessenen Schock“ – so Herr Frey in einem Brief, den er durchs Land faxt.

Die NPD plakatiert schon jetzt in Schwerin: „Wir sind die wahre Opposition – Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“. NPD-Vormann Eisenecker kündigt an, daß man in den kommenden Monaten mit Fahnen und Transparenten durch die Dörfer im Nordosten marschieren wolle, dabei sollen „einheimische Kameraden über die Lage des Landes sprechen“.

Wie „beruhigend“ liest sich da die Einschätzung im Verfassungsschutzbericht: „Auch im Jahre 1997 war es den rechtsextremistischen Parteien – abgesehen von Erfolgen der NPD – nicht möglich, in Mecklenburg-Vorpommern funktionierende und arbeitsfähige Strukturen aufzubauen. Nach wie vor verfügen alle rechtsextremistischen Parteien im Land über schwache Organisationsstrukturen ...“ Um diesen „schwachen Organisationsstrukturen“ auf die Beine zu helfen, will Frey 2 Mio. DM für den Wahlkampf der DVU in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen!

Diese Entwicklung vor Augen stellte die PDS-Fraktion im Kreistag Demmin einen Antrag, einen „Appell gegen Rechts“ zu verabschieden, in dem die im Kreistag vertretenen Parteien die Bürge-

rinnen und Bürger des Kreises aufrufen, bei den bevorstehenden Wahlen durch ihre Entscheidung gegen rechtsextreme Parteien deren Einzug in die Parlamente zu verhindern. CDU und F.D.P. wollten den Antrag dahingehend ändern, daß „rechtsextremistische Parteien“ durch „extremistische Parteien“ und „menschenverachtende Parolen“ durch „populistische Parolen“ ersetzt wird. Nach einer heftigen Debatte wurde der Änderungsantrag nicht, der Antrag der PDS mit 21 Für- zu 20 Gegenstimmen angenommen.

Sicher – „nur“ ein Appell, aber eine von vielen Möglichkeiten, gegen rechten Ungeist aktiv zu werden.

(aus: Offenes Blatt der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 6, Juni/Juli 1998)

Leipzig: Bündnis gegen Neonazis

Die Zeitung „Leipzigs Neue“ berichtet über ein Leipziger Bündnis gegen Neonazis:

Auf Einladung der IG Metall Leipzig und der DGB-Jugend Sachsen kamen am 10. Juni im Festsaal des Leipziger Rathauses rund 50 Bürgerinnen und Bürger der Stadt und aus dem Umland zusammen, um sich über das weitere Vorgehen gegen den Neofaschismus zu verständigen.

Ein bemerkenswert breiter Querschnitt gesellschaftlich aktiver, über das Anwachsen rechtsextremistischen Einflusses besorgter Menschen war dem Gewerkschaftsruf gefolgt; auch das Regierungspräsidium und das Ordnungsamt des Landkreises waren vertreten. Vermißt wurden allerdings Damen und Herren der Stadtverwaltung Leipzigs und von

Rathausfraktionen – nur die PDS zeigte deutlich Flagge. Nach mehrstündigem Gedankenstreit einigten sich die Teilnehmer auf folgende „Eckpunkte der Verständigung für das weitere Vorgehen des Bündnisses ‘Leipzig – Courage zeigen!’“:

1. Einen erneuten Großaufmarsch der Rechtsradikalen in Leipzig darf es nicht geben. Jetzt und in Zukunft soll deutlich sichtbar werden, daß die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt – nicht zuletzt der Jugendlichen – nichts mit den Nazis am Hut hat ...

2. Das setzt den Schulterschluß aller demokratischen Kräfte voraus, die Einfluß auf die öffentliche Meinung haben ... Auch in Wahlkampfzeiten sollten unterschiedliche politische Positionen und eventuelle gegenseitige Vorbehalte das Zusammenstehen der Demokraten gegen den Rechtsradikalismus nicht behindern ...

3. ... Erforderlich sind Aktivitäten für einen längeren Zeitraum. Wir verstüdigen uns deshalb auf einen Maßnahmenplan 1998/99, der den Rahmen für vielfältige eigenständige Aktivitäten aller Bündnispartner bilden soll.“

Beschlossen wurde u.a. eine „Aktionswoche gegen Gewalt und Rassismus“ für Mitte September – beginnend am Tag der Opfer des Faschismus und überleitend zur „Woche des ausländischen Mitbürgers“.

Eine rasche Reaktion der am 10. Juni nicht offiziell vertretenen Parteien wäre von größter Bedeutung – nur so können die Eckpunkte den erstrebten Sinn gewinnen.

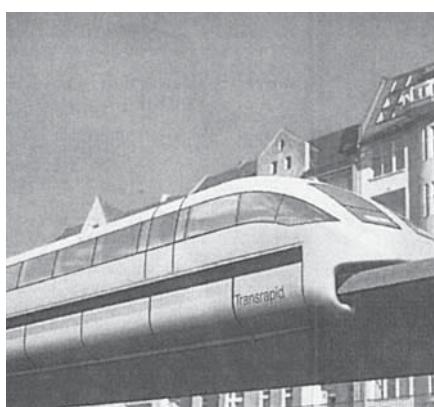
(G. Braun, in Leipzigs Neue 13/98)

40 000 Unterschriften wurden in Berlin schon gegen den Transrapid gesammelt

Transrapid-Bau ohne Planfeststellungsbescheid?

BERLIN. Obwohl das Planfeststellungsverfahren für die Magnetschwebebahn Transrapid zwischen Hamburg und Berlin noch nicht einmal begonnen hat, die endgültige Kostenrechnung – bis 30. Juni von Verkehrsminister Wissmann angekündigt – noch gar nicht vorliegt, das ganze Konzept von Hochgeschwindigkeitszügen in der Bevölkerung durch das furchtbare Unglück von Eschede zusätzlich unter Kritik geraten ist, will die Planungsgesellschaft für den Transrapid (MPG) im Berliner Bezirk Spandau offenbar bereits mit dem Bau einer Brückenerweiterung für das Projekt beginnen.

Das hat die Bürgerinitiative Spandauer Verkehrsbelange Ende Juni enthüllt. „Die Deutsche Bahn AG läßt die im Bau befindliche Brücke über die neue Hanover-Route am Nennhauser Damm in Staaken um ca. 12 Meter verlängern, um Platz für den Transrapid zu schaffen. Die Mehrkosten in ungenannter Höhe über-



So hätten Sie's gern! Werbefoto der „Transrapid-Planungsgesellschaft“

nimmt die Magnetschnellbahn-Planungsgesellschaft“, berichtete z.B. der „Tagesspiegel“ am 23. Juni. Auch andere Zeitungen berichteten über das rechts- und gesetzeswidrige Bauvorhaben. Be-

kannt wurde die Neuplanung durch den Vorsitzenden der Bürgerinitiative Spandauer Verkehrsbelange, Jürgen Czarnetzki. Ihm war aufgefallen, daß das südliche Widerlager, auf dem die Brücke aufliegt, plötzlich zur Mittelstütze umgestaltet und eine neue Baugrube ausgehoben wurde.

Angeblich hätten sich Deutsche Bahn AG, Bund und Land Berlin auf die Brückenerweiterung verständigt, weil eine spätere Anpassung der Brücke das Dreifache an Kosten verursache. Die jetzigen Mehrkosten übernehme die MPG. Dabei ist bislang weder die endgültige Trassenführung des Transrapids entschieden noch geklärt, wer z.B. die Mehrkosten für die Brücke trägt, wenn der Transrapid überhaupt nicht gebaut wird. Immerhin haben jüngste Kostenschätzungen ergeben, daß auch die bisher vorausgesagten Kosten für Fahrweg und Betriebssystems des Monsterzugs bei wei-

tem nicht eingehalten werden können. Erste Presseberichte sprechen schon jetzt, vor jedem Baubeginn, bei Kostenüberschreitungen gegenüber den ursprünglichen Ansätzen von 15% und mehr. Für den Spandauer BI-Vorsitzenden Czarnetzki handelt es sich um den Versuch, „mitten in der Volksinitiative gegen das Pleitemonster Transrapid“ umkehrbare Tatsachen zu schaffen.

40 000 Unterschriften hat die Volksinitiative bisher gesammelt, Unterschriftenbögen gibts weiterhin über die Büros von PDS und Grünen sowie über den BUND Berlin, Crellestr. 35, 10827 Berlin, Tel. 78 79 00 17 (Di + Do.)

Quellen: Tagesspiegel, 23.6.; Handelsblatt, 25.6.8

Gila Altmann, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen, am 24.6. im Bundestag

Die Legislaturperiode ist am Ende, die Bundesregierung auch. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß sie es wagt, so ein Wahnsinnprojekt wie den Transrapid noch vor der Wahl, aber am Parlament vorbei, unter mehr als abenteuerlichen Bedingungen festklopfen zu wollen.

Seit heute morgen geht es aber um noch mehr. Seit heute morgen können wir nachlesen, daß allein der Fahrweg für Transrapid um 900 Mio. Mark teurer werden wird. Und auch die 3,7 Milliarden für das Betriebssystem sind nicht zu halten. Ich frage die Bundesregierung, was schließt sie daraus? ...

Um Ihnen mal auf die Sprünge zu helfen: Im Eckpunktepapier vom 25. April 97 steht: „Vor Beginn der Ausschreibungen, im 1. Halbjahr 98, – also noch 7 Tage bis zum 30 Juni – wird die endgültige Investitionskostenrechnung erstellt. [...] Sollte die Überprüfung der Betriebs- und Investitionskosten ergeben, daß die Werte deutlich vom Eckpunktepapier abweichen, ist neu über das Projekt zu entscheiden.“ Ich würde mal sagen 900 Mio., also fast eine Milliarde, darf man getrost als deutlich bezeichnen. Ergo, Herr Wissmann, das haben Sie selbst unterzeichnet, ist neu zu entscheiden. (...)

Aber gucken Sie sich doch mal Ihre eigene Gesetzgebung an. Da steht unter § 2 Magnetschwebebahnbedarfsgesetz: „Durchführung und Finanzierung bedürfen einer Vereinbarung zwischen Bund und privaten Projektträgern über die Verteilung der Investitions- und Betriebslasten. Diese muß rechtzeitig vor Baubeginn abgeschlossen werden und die gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen regeln.“ Ich frage Sie, was ist davon übriggeblieben? Wo sind denn die klaren Finanzierungsvereinbarungen, wo sind denn die Risikoabgrenzungen zwischen Bund, Bahn und Konsortium – zum Beispiel bei längerem Betriebsausfall –, wo ist die aktualisierte Betriebskostenrechnung, wo ist die Beteiligung der Industrie an den Verlusten, wie es der Bundesrechnungshof gefordert hat? ... Wieso tagen Thyssen-Management und die Magnetsbahnplaner permanent in Krisensitzungen wie zur Zeit in Berlin? aus: CL-Netz

FAHNUNG: *Kiel.* Der Bundestag hat eine Gesetzesänderung beschlossen, nach der Sozialbehörden zu Außenstellen der Polizei werden. Der Bundesrat muß am 10. Juli noch zustimmen. Der schleswig-holsteinische Landesdatenschützer, Helmut Bäumler, ist nur durch Zufall auf diesen Plan aufmerksam geworden. In einem völlig sachfremden Gesetz, nämlich dem Ersten Gesetz zur Änderung des Medizinproduktgesetzes, wird der Polizei erlaubt, sich künftig zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Sozialämter zu bedienen. Bisher brauchte sie einen richterlichen Beschuß, um mehr als Name, Geburtsdatum und Anschrift von den Sozialbehörden zu bekommen. Falls das neue Gesetz durchkommt, müssen Ratsuchende bei Sozial- und Wohnungsgeldämtern, aber auch bei den gesetzlichen Krankenkassen, der Rentenversicherung und den Jugendämtern mit der Weitergabe persönlicher Daten rechnen. Sachbearbeiter sollen erst einen Blick in die „schwarze Listen“, die neuen Fahndungslisten, werfen, bevor sie Anträge bewilligen. Landesdatenschützer Bäumler warnt: „Man kommt sich manchmal vor, wie im Sommerschlusverkauf der Grundrechte.“

WETTBEWERB: *Frankfurt/Main.* Der Vorstand des Deutschen Industrie- und Handestages (DIHT) hat auf einer Tagung Ende Juni in Frankfurt/Main eine Reform der Finanzverfassung und mehr Steuerhoheit für Kommunen gefordert. Städte und Gemeinden sollten z.B. über die Höhe der Grunderwerbs- oder Kraftfahrzeugsteuer selbst entscheiden dürfen. Sogenannte Mischfinanzierungen, wie sie für die meisten größeren kommunalen Projekte üblich sind, sollten eher die Ausnahme werden. Es müsse wieder deutlich zwischen Bundes-, Landes- und Gemeindesteuer unterschieden werden. Kommunen sollten nicht nur für ihre Ausgaben, sondern auch für ihre Einnahmen verantwortlich sein. Was zunächst ganz positiv klingt, scheint tatsächlich eher auf eine härtere Standortkonkurrenz bzw. einen verschärften Gegensatz zwischen „reichen“ und „armen“ Städten und Regionen hinauszulaufen. Der Präsident der Frankfurter Industrie- und Handelskammer, Niethammer, verspricht sich von der „Reform“ z.B. vor allem mehr Wettbewerb unter den Gemeinden. Zu vermuten steht schließlich, daß es sich bei den Forderungen des DIHT um eine finanz- und steuerpolitische Seite der von Wirtschaftskreisen forcierter betriebenen sog. Regionalreformen handelt.

VERWALTUNGSCHEFIN: *Kenzingen.* Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben gemäß der baden-württembergischen Gemeindeordnung eine starke Stellung. Sie werden direkt gewählt und

sind sowohl Vorsitzende des Gemeinderates als auch Verwaltungschef. Nun gibt es seit einiger Zeit in Kenzingen Unzufriedenheit mit der dortigen Bürgermeisterin Bart. Offensichtlich fehlt es ihr am nötigen Geschick bei ihrer Amtsführung: Sie läßt willkürlich Sitzungen ausfallen oder beendet sie abrupt. Der Unmut darüber hat alle Fraktionen des Gemeinderates erfaßt – denn das große Pech der Frau Bart ist es, daß sie keiner Partei angehört. Wäre es so, hätte sie einen Teil des Gemeinderates auf ihrer Seite – mindestens die, die ihrer Partei angehören. Inzwischen hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die ein Bürgervotum durchführen will – also ein Meinungsbild. Mehr ist laut Gemeindeordnung nicht drin.

DISKRIMINIERUNG: *München.* EU-Bürger können bei den bayerischen Kommunalwahlen nur wählen, wenn sie die Aufnahme ins Wählerverzeichnis mit einer eidesstattlichen Versicherung über die Mindestdauer ihres Aufenthaltes beantragen. Dagegen klagte eine Finnin. Ihrer Meinung nach, die von vielen Betroffenen, den Grünen, der SPD und FDP geteilt wird, verstößt diese Regelung gegen EU-Richtlinien. Das Verwaltungsgericht München jedoch urteilte am 3. Juli, daß keine Diskriminierung vorläge und daher auch die Münchner Stadtratswahlen von 1996 nicht wiederholt werden müßten. In einem ähnlichen Fall hat die Europa-Kommission die Staatsregierung aufgefordert, die „unverhältnismäßige“ eidesstattliche Versicherung abzuschaffen. Hier geht ein Anhörungsverfahren im August weiter. Der Anwalt der Finnin will daher Berufung einlegen und notfalls vor den Europäischen Gerichtshof ziehen.

VERKEHRSUMLAGE: *Köln.* Die Kölner Deutsche Kommunistische Partei protestiert gegen die geplanten Preiserhöhungen (Kurzstrecke auf 2,20 DM) bei den Verkehrsbetrieben und fordert stattdessen eine Verkehrsumlage: „Der öffentliche Personennahverkehr kann allein von den Einnahmen aus Fahrpreisen nicht kostendeckend wirtschaften. Die Großkonzerne der Industrie und des Handels, die am meisten von gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsverbindungen profitieren, müssen zu einer Verkehrsumlage herangezogen werden. Dann wären die öffentlichen Verkehrsbetriebe ihre Sorgen los und eine Tariferhöhung unnötig. Daß auch Menschen ohne Auto in der Stadt mobil sein können, ist eine öffentliche Aufgabe wie Bildung und Gesundheitswesen. Sie darf nicht mit der fadenscheinigen Begründung leerer Kassen vernachlässigt werden. Aus den gutgefüllten Kassen der Konzerne ist das nötige Geld zu holen, nicht aus den Geldbörsen der Millionen!“

Zusammenstellung: baf



Am Samstag, den 20.6.98, führte der DGB Kreisverband Stuttgart einen Aktionstag zum Thema „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ durch. Alle Gewerkschaftsmitglieder waren aufgerufen, sich an der Durchführung des Aktionstags zu beteiligen. An den Ständen der Einzelgewerkschaften beteiligten sich im wesentlichen die Gewerkschaftssekretäre. Sehr engagiert traten Mitglieder der Arbeitsloseninitiative SALZ auf. Sie machten auf die Dringlichkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen aufmerksam. In der Talkrunde, an der sich Bundestagskandidaten von SPD, Grünen, ein Vertreter der Betriebsseelsorge und Vertreter der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger beteiligten, beeindruckten die Vertreter der Betroffenen von Arbeitslosigkeit am meisten. Sie traten entschieden gegen die Vorurteile gegen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger auf und forderten Abhilfe von den anwesenden Vertretern der Politik.

mok

TARIFBRECHER LASSEN DEMONSTRIEREN: Die „Fachgemeinschaft Bau“ ließ protestieren. 2000 Beschäftigte mit 650 Baufahrzeugen hat die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg am 25. Juni aufgeboten. Der Verband, der sich extra zum Tarifbruch gegründet hatte, versucht unter dem Parole „Vorrang für einheimische Arbeitskräfte“ die soziale Auseinandersetzung an den Baustellen nationalistisch zu wenden.

Dem scheinheiligen Versuch der Baukapitalisten, ausländische Arbeiter für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, traten die wirklich Betroffenen aber erfreulich deutlich entgegen.

Die Industriegewerkschaft Bau distanzierte sich von der Demonstration, sie gehe am Thema vorbei und setze ein falsches Signal. Die hohe Arbeitslosigkeit unter den Baubeschäftigen sei ein von Arbeitgebern verursachtes Problem, die grenzüberschreitende Leiharbeit einzusetzen, Lohn- und Sozialdumping betreiben und die europäische Dienstleistungsfreiheit mißbrauchen.

Ebenso kritisierte der Polnische Sozialrat die „Fachgemeinschaft Bau“: „Das Problem sind nicht die ausländischen Arbeitnehmer sondern Arbeitgeber, die Bauarbeiter zu Billigstlöhnen arbeiten lassen.“ Sogar der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und die Industrie und Handelskammer distanzierten sich von der Demonstration wegen der bedenklichen Nähe zu Parteien rechtsgerichteter Organisationen. Die Berliner Indu-

stri- und Handelskammer sorgte sich dabei vor allem um die durch solche Aktionen evtl. nachlassenden ausländische Investitionen für die Berliner Wirtschaft.

ard

SCHÖNBOHM VERTEILT WAHLGESCHENKE AN POLIZISTEN: Für den öffentlichen Dienst Berlins gilt wieder einmal seit Monaten ein Einstellungs- und Beförderungsstop. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Bezirksämter, da sie ihre Haushaltskürzungen bereits erbracht haben. Während insgesamt mehrere tausend Beamte auf ihre Beförderung harren, hat Innensenator Schönbohm (CDU) am 1. Juli den Beförderungsstop für einen einzigen Tag und nur für die Polizei aufgehoben. Rund 900 Polizisten wurden befördert, „vorwiegend aus dem mittleren Polizeidienst“ (Tagesspiegel v. 2.7.98). Angekündigt ist bereits die nächste Beförderungswelle für die Polizei am 1. Dezember. Während die Opposition Schönbohms Alleingang als haushaltspolitischen Skandal und Wahlkampfmachenschaften kritisiert,

sich die SPD mit ihrer Kritik ziemlich zurück. Die GdP dagegen begrüßte das Vorgehen des Innensenators.

Die Beförderungen stehen in Zusammenhang mit einer „Polizeireform“, die in verschiedene Abschnitte gegliedert ist, u.a. Neugliederung, neue Arbeitszeitzuschnitte, technische Aufrüstung. Ein Ziel dabei ist auch, den einfachen und mittleren Dienst bei der Polizei abzuschaffen (wir hatten bereits vor einiger Zeit über die Polizeireform berichtet). Eine Beförderung vom mittleren zum gehobenen Dienst (Eingangsstufe) dürfte im Schnitt zwischen 250 und 300 Mark brutto im Monat betragen. Nicht gerade wenig angesichts der leeren Kassen in Berlin.

Sieht man die Beförderungen der Polizei im Zusammenhang mit der politischen Ausrichtung durch Schönbohm (saubere Hauptstadt, Ausländerghettos...), so bekommt diese Aktion nochmals ein anderes Gewicht: Judaslohn für Drecksarbeit.

ALTERSTEILZEIT FÜR BERLIN „ZU TEUER“. Ob-

wohl der öffentliche Dienst in Berlin nach wie vor mehrere tausend Personalstellen abbauen muß und mehr als 7000 Stellen mit dem sogenannten kw-Vermerk gekennzeichnet sind (kw = künftig wegfallend), läßt sich Innensenator Schönbohm Zeit mit der Umsetzung des Tarifvertrages zur Altersteilzeit. Viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben bereits ihr Interesse geäußert, da der Tarifvertrag um einiges besser ist als eine entsprechende Berliner Verwaltungsregelung, die zwar seit Monaten in Arbeit, aber erst Ende März bekannt wurde. Statt der gesetzlichen 70 % des Nettoeinkommens bei halber Arbeitszeit sieht der Tarifvertrag 83 % vor. Und auch die Regelungen, wann der Dienstherr einen Antrag ablehnen kann und wann nicht, sind für die Beschäftigten im Tarifvertrag deutlich günstiger geregelt. Es paßt Schönbohm nicht ins Konzept, daß die Position der Beschäftigten gegenüber dem Dienstherrn gestärkt wird – und sei's auch nur bei der Frage, wann sie zu arbeiten aufhören dürfen.

Zusammenstellung: alk, har



Am 26.6.98 legten erneut Beschäftigte von ABB Kraftwerke in Mannheim-Käfertal die Arbeit nieder, um Druck zu machen auf die Verhandlungen vor der Einigungsstelle. Das Konzept der Unternehmensleitung beinhaltete eine völlige Umstrukturierung des Standortes, dem mindestens 700 Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Ein nun erzielter Interessenausgleich sieht einen reduzierten ABBau vor, betriebsbedingte Kündigungen sollen ausgeschlossen sein.

Modernisierung ist möglich ohne Arbeit rund um die Uhr!

Im „Durchblick“ Nr. 58, Zeitung des IG Metall-Vertrauensleutekörpers bei FAG Kugelfischer in Schweinfurt wurde über die Auseinandersetzung um die Neuinvestition in eine Schmiede („Hatebur“) berichtet. Wir dokumentieren die kurze Chronik dieses Konflikts als exemplarisches Beispiel für den Kampf von Betriebsräten und Belegschaften um die Verteidigung von Arbeitsbedingungen in einer Situation von Drohung und Erpressung.

In öffentlichen Erklärungen des Vorstandes ist immer wieder die Rede von vertrauensvoller Zusammenarbeit, von sozialpartnerschaftlichem Verhältnis zu Betriebsrat und Mitarbeitern. Dazu ein konkretes Beispiel aus den letzten Wochen.

Was wollte der FAG-Vorstand?

Die Neuinvestition (ca. 23 Millionen DM) in eine Hatebur AMB 70 XL (eine Schmiedepresse, die Red.) am Standort Schweinfurt sollte an Bedingungen geknüpft werden. Die Betriebsnutzungszeit in Schmiede, Glüherei, Dreherei und Härterei sollte im Drei-Schicht-Betrieb auf sechs oder gar sieben Tage in der Woche ausgedehnt werden.

Dies sei notwendig, damit eine solche Investition sich wirtschaftlich rechnen läßt. Zudem gäbe es in Italien 40% und in Österreich 20% Investitionszuschüsse, die nur über ein längere Maschinennutzungszeit in Schweinfurt auszugleichen seien. Als weiteres Druckmittel wurde dargestellt, daß andere Betriebe z.B. INA bereits 18 Schichten in der Woche ohne Zuschläge am Samstag arbeiten.

Warum ist die neue Hatebur so wichtig?

Das Sanierungskonzept aus dem Jahr 1993 definiert die Komponenten AG als Auslaufmodell. Die Zulieferung mit Ringen sollte langfristig aus dem Zukauf erfolgen. Mit der Entscheidung für das Konzept „Schwarzer Ring“ (schmieden, drehen, härteln) wurde eine Stabilisierung der Komponenten AG erreicht. Mit dem Schwarzen Ring konnte der Nachweis erbracht werden, daß Rohlinge in Schweinfurt kundengerecht und kostengünstig geliefert werden können. Dazu trägt beispielsweise das Pressen und Flanschen bei, das in dieser Form für unmöglich gehalten wurde.

Der Betriebsrat fordert seit langem eine neue Hatebur, um die Komponenten AG langfristig in die Lage zu versetzen, das ansteigende Liefervolumen an Rohlingen zu verarbeiten.

Diese Investition ist letztlich eine strategische Entscheidung für die Arbeits-

plätze in der gesamten Komponenten AG!

- Die Schmiede in Schweinfurt wäre eine der größten in Europa
- Das Volumen der Eigenfertigung an Rohlingen sichert Aufträge für die Drehereien und die Härterei
- Die Synergieeffekte wirken sich günstig auf die Wälzlagerfertigung in den FAG Standorten aus.

Wie hat der Betriebsrat reagiert?

1. Der Entwurf der Betriebsvereinbarung „flexible Betriebsnutzung“ in KN-S wurde abgelehnt. In der Begründung wies der Betriebsrat auf die Betriebsvereinbarung Arbeitszeitkonto hin, in der die flexible Betriebsnutzung bereits geregelt ist.

2. Über die „Generalkommission Wettbewerb“ der Europäischen Kommission in Brüssel wurde abgeklärt, daß es die Investitionszuschüsse in Italien und Österreich tatsächlich gibt. Gleichzeitig wurde angeregt, die Bezuschussung seitens des bayerischen Wirtschaftsministeriums für Schweinfurt zu prüfen.

3. In einem ausführlichen Schreiben legte der Betriebsrat die Argumente, die für den Standort Schweinfurt sprechen, dar.

4. Die Vertrauensleute und die betroffenen Kollegen in der Hateburanlage wurden informiert.

Mehrere Verhandlungen und Gespräche hatte Veränderungen in der Arbeitgeberposition zur Folge:

Der Arbeitgeber wäre bereit, für Samstag einen Zeitzuschlag von 2 Stunden (bei 8 Stunden Arbeitszeit) zu geben. Personalaufbau von 45 Mitarbeitern anstelle von Überstunden und für zusätzlichen Kapazitätsbedarf. Betroffen wären die Schmiede, Glüherei, Härterei (Wärmebehandlung) ohne die Dreherei.

Mit Abschluß vom 14.5. erklärte sich der Betriebsrat bereit, falls die Hatebur AMP 70 XL nach Schweinfurt kommt, in Verhandlungen über ein neues Schichtmodell auf der Basis der 35-Stunden-Woche einzutreten. Außerdem müssen die Beschäftigten der Warmbetriebe bei den Verhandlungen beteiligt und das zusätzliche Personal tatsächlich aufgebaut werden.

Die Hatebur kommt nach Schweinfurt

Mit dem Beschuß vom 14.5. war dem Vorstand wohl klar, eine Erpressung ist mit dem Betriebsrat nicht zu machen.

Am 15.5. stimmte der Investitionsausschuß des Aufsichtsrates der Investition in eine Hatebur AMP 70 XL in Schweinfurt zu.



Pausenaktion von rund 80 Beschäftigten der Großhandelsfirma Essilor-Ehinger in Freiburg während der Tarifauseinandersetzung am 8. Juni 1998.

Protestaktion zur Tarifrunde Großhandel

Kritik am Abschluß

Am 8.6.98 protestierten die Beschäftigten des augenoptischen Produktions- und Großhandelsunternehmens Essilor-Ehinger in Freiburg gegen das unverschämte Arbeitgeber-Angebot von 1,3%. Die HBV Baden-Württemberg hatte als diesjährige Forderung eine einheitliche Erhöhung um 180 DM für alle gefordert.

Im Vorfeld der Tarifrunde hatte u.a. auch die Belegschaft von Essilor an einer Umfrageaktion teilgenommen und sich mit großer Mehrheit für eine Festgeldforderung ausgesprochen. An der kurzen Pausenaktion vor dem Firmengelände (siehe Bild) beteiligten sich etwa 80 Beschäftigte und besuchten den Infostand der HBV. Auf einer Wandzeitung konnten Punkte geklebt werden für oder gegen weitere Aktionen (wie z.B. Warnstreiks), falls es am darauffolgenden Tag zu keinem Tarifergebnis kommen sollte. Alle (mit Ausnahme der Personalchefin, welche die Aktion argwöhnisch beobachtete) klebten ihren Punkt auf ja!

Am 9.6.98 kam es jedoch zum Abschluß: 2,5% mehr Lohn und Gehalt ab Juli 1998 bis März 1999 und eine Einmalzahlung für alle in Höhe von 47 DM im Juni 1998. Für April und Mai gibt es nichts und die Azubis erhalten monatlich zwischen 14 und 25 DM mehr.

Dieser Abschluß stieß bei den Essilor-Beschäftigten zu Recht auf Kritik. Für die Festgeldforderung hätten viele gerne gestreikt. Da aber bereits in sechs Landesbezirken im Großhandel ein Tarifabschluß mit ähnlichem Rahmen vereinbart war und die DAG bereit war, auch ohne HBV abzuschließen, sprach sich die Mehrheit der großen Tarifkommission der HBV ebenso für einen Abschluß aus! ee, an/az Freiburg

Geld oder Leben!

Geringfügig gekürzte Rede von Georg Stingl, Vertreter des „Aktionskomitees gegen Feiertagsarbeit in Europa“ am 27.6.1998 vor der Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt bei der Demonstration „Geld oder Leben“ anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

Das Kapital hat Namen und Adresse. Einer dieser Namen ist Rolf E. Breuer. Er ist im Frühjahr 1997 Vorstandssprecher der Deutschen Bank geworden und residiert in diesem Gebäude.

Herr Breuer hat kurz vor seiner Berufung durch die Aktionäre der Deutschen Bank, also durch die Herren von Siemens und Allianz, am 20. Februar 1997 eine Rede vor dem sogenannten „Kapitalmarktforum“ gehalten. Das Thema dieser Rede hieß: „Die Zukunft von Finanzzentren in globalen Märkten“.

In dieser Rede fordert Breuer: „Der Finanzplatz Frankfurt/Main muß im Rahmen der Triade USA, Japan, Europa die Chance nutzen, der Finanzplatz im Euro-Raum zu werden.“ Synonym für Finanzplatz Frankfurt sagt er auch: „Finanzplatz Deutschland“.

Letzteres macht Sinn, denn seine Fragestellung ist: Wie soll Frankfurt, d.h. wie sollen die deutschen Großbanken die Finanzherrschaft in Deutschland und Europa und später in der ganzen Welt erlangen? Freidemokratisch heißt das „Standortsicherung“, sozialdemokratisch „Arbeitsplatzsicherung“.

Für die Erreichung dieses Ziels schlägt er in seiner Rede zwei parallel einzuschlagende Weg vor:

„Senkung der Transaktionskosten“

Zum einen soll ein Gutteil der Bankangestellten in Deutschland – und zwar vor allem außerhalb Frankfurts – sowie in den anderen europäischen Ländern auf die Straße gesetzt werden. Breuer sagt: „Eine (ich ergänze: eine einzige) Niederlassung im Euro-Raum wird den Finanzdienstleistern aus Kostengründen genügen.“

Also: Weg mit den Niederlassungen deutscher und ausländischer Banken in Kiel, Hamburg, Hannover, Berlin, Leipzig, Düsseldorf, Mainz, Saarbrücken, Stuttgart und München. Nur noch Vertriebsstellen, mobile Kundenberater mit Handy und Laptop sowie Selbstbedienungsautomaten. Das alles kann man mit modernster Technik von Frankfurt am Main aus steuern.

Nach Deutschland ist die „Senkung der Transaktionskosten“, wie man neu-

deutsch die Entlassung von Bankangestellten nennt, in Rest-Europa angesagt. Breuer: „Die Vielzahl der europäischen Börsen ist nicht aufrechtzuerhalten.“ Z.B. würden von 20 Zinsterminbörsen in Europa nur 3 überleben: London, Paris und Frankfurt am Main. Von 32 Aktienbörsen würden 20 geschlossen. Schöne Aussichten für Bankangestellte im Euro-Land! Nur noch Arbeit in Frankfurt am Main hat Zukunft. Doch was für eine Zukunft? Damit kommen wir zur zweiten Strategieschiene Breuers.

Arbeiten rund um die Uhr, rund um die Woche

„Nachholbedarf für den Finanzplatz Frankfurt“ konstatiert Breuer „bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Arbeitszeit. Ein modernes Finanzzentrum muß einen 24-Stunden-Handel aufrecht erhalten können. Das schließt Samstags- und Sonntagsarbeit mit ein.“ Die Feiertage hat Breuer damals gedanklich schon als erledigt betrachtet.

Also: Die zweite Hauptstrategie des deutschen Bankkapitals zur Erringung der Vorherrschaft in Europa und dann in der Welt heißt für die bis dato nicht weg- rationalisierten Bankangestellten: Arbeit rund um die Uhr, rund um die Woche, Arbeiten bis zum Umfallen! (...) So viel zur Rede von Rolf E. Breuer, dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank und zur Strategie des Bankkapitals. Jetzt kommen wir zur Umsetzung dieser Strategie.

Die Lobbyisten gegen die Feiertagsruhe bei ihrem Gesellenstück

Frisch Gesellen, seid zur Hand! Breuers Geselle, Werner G. Seifert, Vorstandsmitglied der Deutschen Börse AG, wo Breuer den Aufsichtsratsvorsitz führt, macht sich mit seinem neu gegründeten Verein „Finanzplatz e.V.“ an die Arbeit. In diesem illustren Verein findet man neben Bank- und Industrie-, führern“ auch Politiker wie Hans Eichel, Ministerpräsident des Landes Hessen, Lothar Klemm, seines Zeichens Wirtschaftsminister, aber auch – als weibliche Repräsentantin und zur Sicherung der benötigten Bankeninfrastruktur – Petra Roth, die Oberbürgermeisterin aller Frankfurter und Frankfurterinnen.

Ein Brief des ZK der deutschen Bankenverbände – ZK heißt übrigens Zentraler Kreditausschuß und nicht etwa Zentralkomitee, wo kämen wir denn da hin – mit einem Gesetzentwurf zur Abschaffung der Feiertage im Bankgewerbe geht im Juli 97 an Norbert Blüm. Der spurt. Doch die Sache darf nicht ruchbar werden. Von den „Protestanten“ und den Gewerkschaften geht in dieser Hinsicht keine größere Gefahr aus, wie man beim „Kampf“ um die Abschaffung des Bußtages gesehen hatte. Max Weber läßt grüßen. (Letzteres war eine Insider-Information.) Könnte aber sein, daß die Deutschen Bischöfe was dagegen haben. Also führt man einen Über-

raschungscoup durch.

Eine Woche vor der Verabschiedung des Euro-Einführungsgesetzes im Deutschen Bundestag wird im Ausschuß für Arbeit und Soziales der Gesetzentwurf eingebracht. CDU, CSU, FDP, aber auch SPD und Bündnis 90/Grüne heben brav ihr Händchen für die Abschaffung der Feiertagsruhe. Nur die PDS stimmt dagegen. Im Bundestag bei der zweiten und dritten Lesung am 2. April 98 das gleiche Bild. Das ist die historische Pleite von SPD und Grünen im Bankbereich. Damit müßt Ihr jetzt leben!

Kein schöner Land als Sonntagsarbeitsland

Zeitlich parallel zu den Aktivitäten für die Abschaffung der Feiertagsarbeit zieht eine Lobbyisten-Karawane von Bundesland zu Bundesland und läßt nach einem angemessenen „Finanzplatz-Dinner“ mit dem jeweiligen Wirtschaftsminister, Arbeitsminister und Ministerpräsidenten Land für Land die Sonntagsarbeit für Call-Center von Banken, Computer- und Versandhandel legalisieren – natürlich wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit. – Wie gesagt, die katholischen Bischöfe könnten ...

Bereits am 3. April 1997 gelingt in Berlin der Durchbruch. Der Regierende Bürgermeister Diepgen und die Senatorin für Gesundheit und Soziales, Beate Hübiner setzen ihre Unterschrift unter ein Machwerk namens „Bedürfnisgewerbeverordnung“.

„Bedürfnis der Bevölkerung“ gemäß § 13 Arbeitszeitgesetz ist es nämlich, sonntags Spekulationsaufträge für die Börse Tokio aufzugeben, ihr aus den Nähten platzendes Portfolio umzuschichten oder einen Koffer nach Luxemburg verschicken zu lassen. Man stelle sich vor, welcher Schaden sonst entstehen könnte. Ihr Kapital wäre einen Tag arbeitslos, das stellt doch die Leiden der Arbeitslosen völlig in den Schatten. Nur: seit wann ist Sonntag Valutatag? Na, ja, soviel Insiderkenntnisse kann man von einem Ministerpräsidenten oder gar einem Wirtschaftsminister nicht gerade verlangen. Für die nicht Rechtsgelernten unter uns: Der § 13 Arbeitszeitgesetz verlangt für eine derartige Sonntagsausnahmeregelung, daß ein „erheblicher Schaden“ von der Bevölkerung abgewendet werde.

Von Berlin zieht die Karawane weiter nach Bayern, tatsächlich unterschreibt Dr. Edmund Stoiber (allein!) am 29. Juli 1997 – hat HBV Bayern nichts gemerkt? Wie hieß doch der Spruch: „Wer nicht kämpft, bla, bla, bla...“ Okay, was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.

Jetzt wird's kulinarisch interessant. Lafontaine ist dran. Am 4. September 1997 unterschreibt Oskar nach einem guten Essen in der „Ente von Lehel“ die gleiche Verordnung. Die Geschichte mit dem Essen ist natürlich frei erfunden, es geht dem Genossen Oskar nur um den Standort Saarbrücken und die Umschichtung von Bergwerkern in die Le-

gehennenkästen der Call-Center. So etwas nennt man moderne Strukturpolitik.

Am 12. November 1997 ist Bremen dran, danach gerät die Kampagne aus unerfindlichen Gründen ins Stocken – hat HBV etwas spitz gekriegt oder waren die Lobbyisten zeitlich überlastet? Jedenfalls, nach dem Erfolg im Bundestag – Abschaffung der Feiertage ohne weitere Medien-Aufregung – geht's wieder voran: Die Ministerin für Soziales und Gesundheit, Ellenberger, unterschreibt in Thüringen am 8. April 1998 die Verordnung und am 7. Mai 1998 kritisiert die Landesbezirksleitung NRW der Gewerkschaft HBV in einer kämpferischen Pressemitteilung, daß tags zuvor der Ministerpräsident, der Innenminister und der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales von NRW ebenfalls die Sonntagsarbeit für Call-Center legalisiert haben. „Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales“ ist übrigens seit dem Kabinett Clement, na ratet mal, ... eine Frau, die ehemalige stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Ilse Brusis. Ein Schuft, der Böses dabei denkt!

Der historische Treppenwitz der „Bedürfnisgewerbeverordnung“: Freigegeben wird auch wieder die Sonn- und Feiertagsarbeit in Brauereien, in der Mineralwasser- und Speiseeisproduktion und dem dazugehörigen Großhandel. NGG-Kollege Hintzer, aufgemerkt! Früher war es nämlich so, daß aufgrund mangelnder Kühlmöglichkeiten – wir erinnern uns: mit Stangeneis im Leiterwagen durch die Stadtteile – auch sonn- und feiertags für die Kneipen produziert wurde. Diesen Passus aus der alten Gewerbeordnung hatte man 1994 doch glatt vergessen, ins Arbeitszeitgesetz aufzunehmen. Wenn wir unsere Bankenlobby nicht hätten, wäre da keiner mehr drauf gekommen. Na endlich können wir wieder unser Bad Vilbeler Urquell frisch am Sonntag genießen, sonst müßte man die Mineralquelle wie eine Ölquelle nutzlos abfackeln.

In der kommenden Woche ist Hessen endlich wieder vorn. Im Regierungskabinett liegt eine fast identische „Bedürfnisgewerbeverordnung“ vor.

Frau Stolterfoht, Herr Eichel, Herr Königs, Finger weg von Sonn- und Feiertag – oder wollen Sie unbedingt noch mehr Wahlwerbung für die PDS betreiben, die derzeit als einzige Partei für den arbeitsfreien Sonn- und Feiertag und damit für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eintritt.

Herr Schröder, die Rücknahme des Feiertagsgesetzes muß in Ihr 100-Tage-Programm!

Wer den Sonn- oder Feiertag angreift, legt sich mit den Kirchen, den Vereinen, den Sportlern, den Familien und – mit den Gewerkschaften an.

Wenn es keine gesellschaftlichen Rhythmen mehr gibt, versinkt diese Gesellschaft in Isolation, Gewalt und Kultursigkeit.

Ich warne die Herren Bankvorstände

und ihre Politiker hiermit öffentlich: Es sind nur noch 185 Tage bis zur Einführung des Euro am 1. Januar 1999. Am 31. 12. 1998 läuft der Banktarifvertrag aus. Wenn das Feiertagsgesetz nicht zurückgenommen wird, werden die Bankangestellten sich das nicht gefallen lassen.

Denken Sie an unseren erfolgreichen Kampf gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung für Kranke, eine vergleichbare Sauerei der Wirtschaftsverbände. Auch wenn wir am 1.1.1999 wieder wie damals nur mit 3 000 Leuten auf der Straße und vor den Betrieben stehen – wenn es die richtigen 3 000 Leute und die richtigen Betriebe sind, dann bricht am 4. Januar, dem ersten Werktag im neuen Jahr am Finanzplatz das Chaos aus.

Wir wollen kein Chaos, wir wollen nur: Sonn- und Feiertage bleiben arbeitsfrei! Macht dem Breuer Feuer unter'm Hintern!¹ Es bleibt dabei, Sonn- und Feiertag sind arbeitsfrei!

1) ANMERKUNG FÜR DIE STAATSANWALTSCHAFT: DIES IST KEIN AUFRUF ZUR GEWALT, SONDERN NUR IN ÜBERTRAGENEM SINNE GEMEINT. (G.S.)

Neues Arbeitsförderungs(un)recht

Arbeitslose müssen auf der Hut sein

Im Januar dieses Jahres trat das neue Arbeitsförderungsgesetz als Teil des Sozialgesetzbuches (SGB III) in Kraft. Die veränderte Gesetzeslage weist zahlreiche Tücken für Erwerbslose auf, wie die auf Einladung der Mannheimer Arbeitsloseninitiative im Gewerkschaftshaus referierende Rechtsanwältin Monika Süß den Anwesenden kundtat.

In Ihrem Vortrag stellte Frau Süß die aktuelle Rechtslage dar und behandelte die Themen Zumutbarkeit, Verfügbarkeit und Bedürftigkeit.

Entwertung von Qualifikation und Beruf: Beim Thema Zumutbarkeit stellte sie zunächst fest, daß die neuen Regelungen den Berufsschutz für Erwerbslose fast vollständig abgeschafft haben. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung bemäßt sich danach nur noch nach dem zuvor erzielten Einkommen und nimmt mit der Dauer der Arbeitslosigkeit ab. Bereits nach sechsmonatiger Arbeitslosigkeit ist jede Tätigkeit zumutbar, deren Nettoarbeitsentgelt höher als das vorherige Arbeitslosengeld ist. Unzumutbar ist ein Arbeitsangebot nur dann, wenn die tägliche Pendelzeit drei Stunden oder mehr beträgt oder wenn bei den Betroffenen bestimmte persönliche Einschränkungen (physische oder psychische Behinderungen) vorliegen. Ein Arbeitsloser kann auch nicht zu Teilzeitarbeit verpflichtet werden, wenn er vorher eine Vollzeitstelle hatte und weiterhin eine solche sucht.

Inwieweit nur tariflich bezahlte Arbeitsstellen zumutbar sind, blieb umstritten. Im Gegensatz zum alten Gesetz findet sich im neuen SGB III der Passus,

wonach das Arbeitsamt nicht in tarifwidrige Bedingungen vermitteln darf, nicht mehr.

Aus dem Publikum wurde bestätigt, daß Arbeitslose von den Arbeitsämtern berufsforeign, niedriger entlohnte Tätigkeiten angeboten bekommen oder gehäuft zu Leiharbeitsfirmen geschickt werden.

Sperrzeit bei fehlender Verfügbarkeit: Täglich verfügbar sein für das Arbeitsamt heißt, daß man einmal täglich nach Postzugang den Inhalt des Briefkastens zur Kenntnis nehmen muß. Dies bedeutet eine leichte Verbesserung gegenüber dem alten Recht, denn danach mußte eine erwerbslose Person zum Posteingang in der gemeldeten Wohnung „anwesend“ sein. Gleichzeitig aber wurde in der sog. „Erreichbarkeitsanordnung“ der Bundesanstalt für Arbeit wiederum eine Verschärfung eingeführt, weil darin von „persönlicher“ Kenntnisnahme der Post die Rede ist – was vom Wortlaut des Gesetzes nicht verlangt wird.

Die gläsernen Arbeitslosen: Es häufen sich die Fälle, so die Referentin, daß Erwerbslose bei der Bedürftigkeitsprüfung aus Unkenntnis heraus vergessen, ihr Vermögen dem Arbeitsamt vollständig anzugeben: viele wissen nicht, daß auch Vermögen unter der Freibetragsgrenze von 8 000 DM sowie Grundstücksvermögen erklärfpflichtig ist – auch dann, wenn es später nicht auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet wird. Strafrechtlich ist dies dann Betrug. Da die Arbeitsämter mittlerweile beim Bundesamt für Finanzen Auskünfte zu Freistellungsaufträgen einholen, kann eine frühere Quellensteuerabgabe bitter zurückschlagen. Auch bereits gelöschte Konten werden beim BA für Finanzen noch geführt! Auch das Bankgeheimnis ist mittlerweile aufgehoben, hier geht das Arbeitsamt inzwischen ordentlich zur Sache und stellt bei falschen oder unvollständigen Angaben häufig Strafbefehle aus.

Sperrzeiten und die Folgen: Wer Sperrzeiten des Arbeitsamtes von insgesamt 24 Wochen auf sich vereint, erhält keinen Pfennig Arbeitslosenunterstützung mehr.

Seit Januar 1998 wird einem Arbeitslosen, der wegen einer Sperrzeit sozialhilfebedürftig ist, auch die Sozialhilfe um in der Regel 30% gekürzt. Immer häufiger fordert das Sozialamt darüber hinaus bei sperrzeitbelasteten Arbeitslosen die Leistung zurück, das heißt, selbst die bereits um 30 Prozent reduzierte Sozialhilfe wird nur noch auf Darlehensbasis gewährt.

Guter Rat ist nicht teuer: Insgesamt hat die verschärzte Gesetzeslage für Erwerbslose auch eine rigorosere Ämterpraxis mit sich gebracht. Wer sich als erwerbslose oder sozialhilfebeziehende Person mit Ämtern schikanen herumplagen muß, sollte sich beraten lassen und/oder sich mit der Arbeitsloseninitiative in Verbindung setzen.

hh, KI Mannheim

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Für Toleranz und solidarisches Miteinander

Die am 4. Juli in Magdeburg verabschiedeten gemeinsamen Erklärung von Vorstand und Parteirat der PDS ist eine wichtige Unterstützung für die antifaschistische und antirassistische Ausrichtung des Wahlkampfes. (Red.)

Spätestens seit den Wahlen in Sachsen-Anhalt weht ein rassistischer, ausländerfeindlicher Wind durch dieses Land. Migrantinnen und Migranten und ethnische Minderheiten sehen sich einer Kampfansage gegenüber. Von der CSU in Bayern seit Jahren gedeckt und geduldet, hat die DVU mit ihrer schmutzigen, demagogischen Wahlkampagne diesen Wind angefacht. Migrantinnen und Migranten sind zutiefst verstört. Ohnehin wird ihnen auch das Gegenmittel des Wahlrechts gegen diesen rechten Wind verwehrt. Nun fürchten sie – zu Recht – ein Wiederaufleben rassistischer, ausländerfeindlicher Hetze, auch mehr physische Angriffe, als sie ohnehin in den letzten Jahren schon erleiden mußten. Hoffnungslosigkeit macht sich breit.

Die PDS will diesen Menschen eine parlamentarische und außerparlamentarische Ansprechpartnerin sein. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften wollen wir einer Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken, die Demokratie und die Kultur dieses Landes verteidigen.

Wir rufen deshalb auf zu praktischem, sichtbarem und öffentlichem Widerstand gegen diese rechte, demagogische, hetzerische Politik. Gemeinsam mit den Migrantinnen und Migranten, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften wollen wir ein Signal setzen, Widerstand leisten, Gegenwehr organisieren.

1. Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, sich dem Ansinnen oder auch der Versuchung zu widersetzen, die eigene Enttäuschung über die Politik in diesem Land auf andere Gruppen der Bevölkerung zu lenken; keine Sündenböcke für die gesellschaftlichen Probleme anzunehmen; dabei zu bleiben: Wir brauchen keinen, der unter uns steht, dem es noch schlechter geht, damit wir uns besser fühlen. Wir bauen darauf, daß sie ihre Solidarität mit den oft noch nicht wahlberechtigten ImmigrantInnen gerade auch am Wahltag und vor den Wahlen zum Ausdruck bringen.

2. Wir rufen auf, überall antirassistische Bündnisse zu stärken, ihnen beizutreten, in ihnen aktiv mitzuwirken oder sie zu bilden, um den rechten Demagogen überall entgegenzutreten, ihre in manchen Gebieten erreichte Hegemonie

über öffentliche Räume zu brechen, diese durch die demokratischen Kräfte wieder anzueignen, und um die ImmigrantInnen, die durch die Kräfte direkt bedroht und angegriffen werden, zu schützen.

3. Die PDS tritt für soziale und politische Gleichberechtigung, für Wahlrecht, Niederlassungsrecht, doppelte Staatsbürgerschaft und ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht nach dem „ius soli“ ein. Sie streitet im Bund, in den Ländern und Kommunen, parlamentarisch wie außerparlamentarisch, gegen alle Gesetze und Verordnungen, die ImmigrantInnen diskriminieren – sei es auf dem Arbeitsmarkt, bei der Ausbildung, in der Sozialversicherung oder in ihren politischen Rechten.

4. Die PDS tritt dafür ein, in Bund, Ländern und Kommunen Schiedsstellen (Beschwerdestellen) gegen Rassismus einzurichten, unter Beteiligung angesehener Verbände wie amnesty international oder der Liga für Menschenrechte, der Kirchen, der jüdischen Gemeinden, der Vereine der ImmigrantInnen und andere, an die sich ImmigrantInnen mit Beschwerden und Eingaben über rassistische Diskriminierung wenden können und die diesen Beschwerden nachgehen, sie abstellen und darüber berichten (z.B. in Form von Jahresberichten über rassistische Übergriffe und Diskriminierung). Es ist ein Skandal, daß solche Übergriffe bisher meist nur von ausländischen Einrichtungen (z.B. durch die Berichte von amnesty international London über Übergriffe deutscher Polizei und ähnliches) erfaßt und kritisiert werden.

5. Der Europarat hat im letzten Jahr eine Konvention zum Schutz von Minderheiten beschlossen. Die Bundesregierung hat diese Konvention zwar ratifiziert, aber (wieder einmal) mit dem Vorbehalt, als „Minderheiten“ anerkenne sie nur Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma! Damit fallen 7 Millionen Menschen in diesem Land, die ohnehin dem deutschen Ausländerrecht unterliegen, nicht unter den Schutz und die Rechtsansprüche der Minderheitenkonvention des Europarats! Wir fordern: Die Konvention des Europarats muß für alle Minderheiten in diesem Land gelten!

6. Wir rufen dazu auf und werden selbst Schritte unternehmen, antirassistische Initiativen und Einrichtungen in Europa und weltweit (EU, Europarat, OSZE, UNO) über die beunruhigende Zunahme von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in diesem Land und über die Taten-

losigkeit der Bundesregierung dagegen zu unterrichten. Wir werden uns dabei unter anderem an die befreundeten Parteien im Europäischen Parlament wenden, damit diese die Zunahme von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Neofaschismus in diesem Land zum Thema im Europäischen Parlament machen und den Widerstand bei uns gegen diese Entwicklung unterstützen.

7. Wir ergreifen in Gemeinderäten, in Kommunen und Stadträten die Initiative, daß sozial-integrative Kräfte wie Kirchen, Menschenrechtsgruppen, Wohlfahrtsverbände, kommunale Institutionen soziale, kulturelle und andere Projekte gegen die rechte Subkultur unter jungen Menschen verstärken oder solche rasch ins Leben gerufen werden. Gemeinsam mit Dritte-Welt-Gruppen, ImmigrantInnenorganisationen und anderen wollen wir für Toleranz und Völkerverständigung wirken. Bürgermeister, kommunale Vertretungen und Einrichtungen sollen sich verstärkt um internationale Begegnungen unter jungen Menschen bemühen, insbesondere von Schülerinnen und Schülern und Jugendgruppen.

8. Die PDS appelliert an alle demokratischen Parteien und Kräfte in diesem Land, öffentlich und sichtbar jede Zusammenarbeit mit fremdenfeindlichen und rassistischen Kräften abzulehnen, sich von deren Propaganda und Hetze aktiv und öffentlich zu distanzieren und jeder – auch indirekten – Duldung dieser rassistischen Politik entgegenzutreten.

Wir fordern alle im Bundestag vertretenen Parteien auf, ein Abkommen zu schließen bzw. eine öffentliche Selbstverpflichtung einzugehen, in den Wahlkämpfen keine Lösungen der Rechtsradikalen zu übernehmen, sich von ihren Inhalten klar zu distanzieren und sie nicht salonfähig zu machen. Die PDS ist zu jeder Zusammenarbeit – bis hin zu gemeinsamen Vereinbarungen, gemeinsamen Schritten gegen fremdenfeindliche Wahlwerbung usw. – während des Wahlkampfes und über den Wahlkampf hinaus bereit.

Wir fordern die öffentlich-rechtlichen und die kommerziellen Medien auf, keine Wahlwerbespots von Rechtsradikalen zu senden und sie nicht zu Wahldiskussionen einzuladen.

Die PDS wird auch im Wahlkampf der nächsten Wochen deutlich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, für Toleranz, Achtung von Minderheiten und ein solidarisches Miteinander auftreten und aufklärerisch wirken.

Der Kosovo-Konflikt, die Nato und die deutsche Militär- und Außenpolitik

Der Schwerpunkt des Gliederungssteils „Diskussion und Dokumentation“ liegt auf dem Kosovo-Konflikt und der Positionsbildung der politischen Linken in der BRD in dieser Frage. Nachdem wir uns in den letzten Politischen Berichten damit auseinandergesetzt haben, daß und wie die Gegner der Militarisierung der Außenpolitik nicht nur bei der SPD, sondern auch bei den Bündnisgrünen hoffnungslos in die Minderheit geraten, dokumentieren wir in dieser Ausgabe eine linke Gegenposition innerhalb der Bündnisgrünen von Ende Juni. Der Verfasser des Diskussionspapiers arbeitet u.a. im Fachbereich Außenpolitik / Frieden der Bündnisgrünen und ist außerdem Direktkandidat der GAL in Hamburg-Eimsbüttel.

Er wendet sich kategorisch gegen einen Nato-Einsatz mit und erst recht ohne UNO-Mandat und entwickelt dafür wertvolle Argumente. Die Schwäche dieser Position zeigt sich im Verzicht auf die Kritik der hegemonialen, expansiven bzw. imperialistischen Absichten Deutschlands auf dem Balkan und seiner eskalierenden Rolle in dem Konflikt. Verzichtet die Linke in der BRD aber darauf, dann ist die Gefahr, daß Vorschläge für eine friedliche Konfliktlösung in die deutsche Einmischungs- und Zerteilungspolitik eingebunden werden können.

Beim zweiten Beitrag handelt es sich um Auszüge aus dem 5. und 8. Kapitel des neuen Buches von Ralph Hartmann: „Die ehrlichen Makler“. Der Autor, langjähriger Botschafter der DDR in Jugoslawien und exzellenter Jugoslawienkenner, stützt sich auf umfassendes Tatsachenmaterial zur deutschen Außenpolitik. Er schildert Hintergründe des Kosovo-Konflikts. Im Mittelpunkt seiner Kritik steht die Außen- und Militärpolitik des größer gewordenen Deutschland, die das auseinanderbrechende Jugoslawien zu ihrem Testfeld erkoren hat. (scc)

Aus dem Fachbereich Außenpolitik / Frieden der Bündnisgrünen

Positionspapier zum Kosovo-Konflikt

Von Uli Cremer

(...) Die Kosovo-Albaner erklärten sich 1990/91 ähnlich wie Slowenien, Kroatiens, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina in einem Referendum für unabhängig und wählten eine eigene politische Führung. Da das Kosovo jedoch keinen Teilrepublik-Status besaß, wurde das Kosovo nur von Tirana als eigener Staat anerkannt. Insofern erleben sich die Kosovo-Albaner als „zu kurz gekommen“. Die politischen Ziele haben sich jedoch nicht geändert: Weiterhin bestehen die politischen Gruppierungen auf einem eigenen Staat bzw. manche auf einem Anschluß an das benachbarte Albanien. Da im Kosovo der Lebensstandard zur Zeit noch deutlich höher als in Albanien ist, ist der Anschluß die weniger attraktive Option.

Seit 1990 bauten die Kosovo-Albaner einen regelrechten Schattenstaat mit eigenem Bildungs- und Gesundheitswesen auf und führten zuletzt im Frühjahr 1998 Wahlen durch. Der Schattenstaat erhebt sogar eigene Steuern, zu denen insbesondere die Exilkosovo-Albaner beitragen.

Ihren politischen Kampf führten die Kosovo-Albaner seit 1991 überwiegend mit gewaltfreien Mitteln. Gruppen, die auf bewaffneten Kampf setzen, existierten zwar und führten entsprechende Anschläge aus, aber sie blieben bis 1997 eher einflußlos. Da die Führung um Präsident Rugova mit dem gewaltfreien Agieren gemessen an ihren politischen Zielen keine

Erfolge (weder einen international anerkannten eigenen Staat noch Fortschritte im Autonomie-Status z.B. durch die Errichtung einer Teilrepublik Kosovo) und natürlich auch keine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation erreichen konnte, gewannen die Gruppen, die auf bewaffneten Kampf setzten, an Boden.

Seit 1997 unternimmt die Befreiungsarmee / Terrororganisation UCK (je nach Sichtweise) vermehrt Anschläge auf Stationen von Polizei und Spezialkräften. Trotz des nach wie vor gültigen UN-Waffenembargos gegen Jugoslawien fließt der militärische Nachschub über die albanische und mazedonische Grenze in das Kosovo. Finanziert werden die Waffen v.a. von den Auslands-Albanern insbesondere in Deutschland und in der Schweiz. Juni 1998 kontrolliert die UCK bereits einen erheblichen Teil des Kosovos militärisch und politisch.

Der serbische Gewaltapparat reagiert auf die zunehmende militärische Stärke der UCK mit weiterer Unterdrückung, setzt Panzer und Artillerie ein, brennt ganze Dörfer nieder. Insbesondere der Grenzstreifen zu Albanien wird verwüstet und vermint, um den militärischen Nachschub für die UCK abzuschneiden und diese so zu schwächen. Was in den bundesdeutschen Medien als „ethnische Säuberung“ angeprangert wird, hat also einen konkreten militärischen Sinn: „Was man hier im Kosovo im Grenzbereich sieht, ist das Säubern dieses Grenzstreifens vor allem aus militärischen Gründen.“ (OSZE-Botschafter Daan Everts laut FAZ 17.6.98). Die militärische Alternative, zur Unterbindung des Nachschubs Grenzverletzungen gegen Albanien zu begehen, scheidet für die serbische Seite aus, da sie damit der NATO eine Stellvorlage zum militärischen Eingreifen liefern würde. Aus der beschriebenen militärischen Maßnahme resultiert die

Flüchtlingsbewegung nach Albanien. Nach Angaben der UN sind im Kosovo-Konflikt 1998 bisher 300 Menschen getötet worden.

Ausgehend von der juristischen Lage, daß der Kosovo völkerrechtlich Teil Jugoslawiens ist, ist ein regelrechter Bürgerkrieg im Gange. Zwar haben die Kosovo-Albaner eine andere Rechtsauffassung, da sie sich 1990/91 für unabhängig erklärt haben. Danach handelt es sich um einen Krieg zwischen zwei Staaten. Allerdings ist die Republik Kosova bisher lediglich von Albanien anerkannt worden.

Seit der militärischen Eskalation im Kosovo beschäftigt sich die NATO verstärkt mit dem Konflikt. Eine politische Koalition NATO-Kosovo-AlbanerInnen hat erste Konturen angenommen, wobei das politische Programm bisher noch nicht deckungsgleich ist (NATO-Staaten fordern innerjugoslawische Lösung). Das Interesse der westeuropäischen Staaten insbesondere Deutschlands ist in erster Linie die Flüchtlingsabwehr. In Deutschland leben z.Z. ca. 150 000 Kosovo-Albaner; ein Teil wurde in den vergangenen Jahren trotz der politischen Verfolgung in Serbien nach dorthin abgeschoben.

Nachdem die US-Regierung in Bosnien den iranischen Einflusses auf die Region bzw. Europa erfolgreich zurückgedrängt hat (Samuel Berger, nationaler Sicherheitsberater der US-Regierung, im September 1997: „Wir haben es zu einer Bedingung des Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramms gemacht, daß Bosnien alle militärischen und nachrichtendienstlichen Verbindungen zum Iran abbucht – damit hat eine Nation, die Radikalismus exportiert und Terrorismus fördert, die wichtige Basis in Europa verloren, die sie bei Beginn des Krieges 1992 erhielt.“¹), liegt es in der Logik der US-Anti-Iran-Strategie sich im Kosovo zu

engagieren, um auch dort eine Einflußnahme des Irans zu verhindern. Der amerikanische Unterhändler Gelhard hat bereits Iraner und Tschetschenen ausgemacht, die an der Seite der Albaner kämpfen (FAZ 19.6.98). Auch Volker Rühe bestätigte die Anwesenheit von muslimischen Kämpfern aus dem Iran im Kosovo (FAZ 18.6.98)².

Rußland ist traditioneller Verbündeter und Partner Jugoslawiens bzw. Serbiens, quasi die internationale Schutzmacht. Es hat eher ein Eigeninteresse an einer innerjugoslawischen Lösung, denn eine Separation des Kosovo hätte Vorbildcharakter für Abspaltung diverser Kleinstaaten von Rußland (Tschetschenien, Dagestan etc.). Eine erfolgreiche internationale Vermittlung würde Rußland in seinem Großmachtstatus aufwerten können. Durch die Abhängigkeit von westlicher Wirtschafts- und Finanzhilfe ist Rußland von den NATO-Staaten erpreßbar, so daß eine russische Billigung eines NATO-Militäreinsatzes nicht ausgeschlossen werden kann.³

Die militärische Option der NATO besteht wie in den Kriegen in Kroatien und Bosnien-Herzegovina in einem Zusammenwirken von NATO-Luftangriffen und lokalen Bodentruppen [in diesem Fall (kosovo-)albanischen]. Die NATO-Luftwaffe könnte durch Ausschalten militärischer Ziele in Jugoslawien die militärische Überlegenheit der serbischen Seite reduzieren bzw. beseitigen. Außerdem könnten die Kosovo-Albanern mit US-amerikanischen Satellitenbildern unterstützt werden, was eine informationstechnische Überlegenheit begründete.

An der Schwelle zum realen Militäreinsatz bewegt sich die militärische Präsenz in den Nachbarstaaten (durch Stationierung von Bodentruppen oder Manöver im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden). Dieser Aufbau militärischen Drohpotentials gehorcht der alten Al Capone-Weisheit: „Man kommt viel weiter mit einer freundlichen Redensart und einer Kanone als nur mit einer freundlichen Redensart.“

Da die NATO sich eigene Einsätze schon länger ohne Mandat der UN vorstellen kann, sieht sie in einem fehlenden UN-Sicherheitsratsbeschuß kein prinzipielles Problem. Aber bereits die entsprechende Androhung, also nicht erst die Durchführung eines NATO-Militärschlages gegen Jugoslawien ohne UN-Sicherheitsratsbeschuß verstößt gegen Artikel 2 der UN-Charta: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ Entsprechend wäre ein solcher NATO-Militärschlag als Angriffskrieg zu werten. International würde auf diese Weise die seit 1945 gültige UN-Rechtsordnung ausgehöhlt.

Denn warum sollte sich ein anderer Staat bzw. eine andere Staatengruppe bei passender Gelegenheit noch ans Völkerrecht halten?

Auch die von NATO-Generalsekretär Solana am 22.6.98 ins Spiel gebrachte Variante, einen NATO-Kampfeinsatz auf der Grundlage eines OSZE-Mandats durchzuführen, ist mit der UN-Charta unvereinbar und daher völkerrechtlich nicht zulässig: Die OSZE ist nicht befugt Mandate für Kampfeinsätze zu erteilen, ihre Kompetenz beschränkt sich auf Mandate für friedenserhaltende Einsätze, die bekanntlich die Zustimmung aller Konfliktparteien zur Voraussetzung haben.

Minister Rühe hat sich in den letzten Tagen für NATO-Militärschläge ohne UN-Mandat ausgesprochen und damit bewußt die Vorbereitung eines Angriffskrieges unterstützt. Als Lektüre zur Förderung seines Rechtsbewußtseins sei ihm deswegen der Artikel 26 des Grundgesetzes, wonach die Vorbereitung eines Angriffskrieges unter Strafe zu stellen ist, sowie der entsprechende §80 des Strafgesetzbuches empfohlen.

Die vielfach erhobene Forderung nach einem NATO-Militärschlag – ob nun mit oder ohne UN-Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta – beruht auf militärischen Allmachtsphantasien, die gerade in Wahlkampfzeiten an den Stammtischen populär sein mögen. Die Verantwortung für die mit einer Konfliktlösung durch Draufhauen verbundenen Opfer in der Zivilbevölkerung werden als moralisches Problem nicht einmal öffentlich thematisiert. Auch wenn die NATO mit ihrer überlegenen Kriegsmaschinerie kurzfristig einen militärischen Sieg gegen Serbien erreichen können mag, so bedeutet das für die nachhaltige Lösung des Konflikts eine Hypothek: Die militärische Niederlage legt den Keim für eine Revanche („Balkan-Versailles“), die sich nicht nur gegen die Kosovo-AlbanerInnen, sondern auch gegen die militärisch beteiligten NATO-Staaten wenden können.. Nachhaltig läßt sich der Kosovo-Konflikt nicht einseitig gegen die formulierten Interessen der serbischen Seite, also auf deren Kosten lösen, sondern durch einen Interessenausgleich, bei dem beide Seiten das Gesicht wahren.

Das häufig bemühte Argument, auch in Bosnien hätten die NATO-Luftangriffe den Frieden herbeigeführt, ist nicht stichhaltig. Hier wird vor lauter Freude über die NATO-Luftangriffe die wie von unsichtbarer Hand gesteuerte adäquate Territorialaufteilung in Kroatien und Bosnien im Vorfeld übersehen: Im Mai 1995 konnte Kroatien nahezu kampflos Westslawonen erobern, die serbischen Kämpfer wurden unter UN-Aufsicht in den serbischen Teil Bosniens unter Mitnahme ihrer Waffen expediert. Anschließend durften die Serben mit Wissen der westlichen Geheimdienste und Regierungen muslimische Enklaven kassieren. Selbst das Massaker von Srebrenica

war in westlichen Hauptstädten im Vorfeld bekannt und wurde als Teil des territorialen Gesamtdeals billigend in Kauf genommen. Anschließend waren im August die Kroaten in der Krajina am Zuge und schließlich wurden bis September durch Vorrücken den muslimischen Truppen die letzten Frontbegradigungen in Bosnien selbst vorgenommen. „Zufällig“ war damit etwa die Territorialaufteilung erreicht, die Grundlage aller Friedenvorschläge war. All diese Fakten waren im Herbst 1995 bereits bekannt. Z.B. war in der *taz* enthüllt worden, daß der US-amerikanische, der französische und der deutsche Geheimdienst den innerserbischen Funkverkehrs vor Srebrenica en details abgehört hatte.⁴

Auch im Kosovo-Konflikt gibt es nicht-militärische Alternativen. Sie scheitern nicht zuletzt an militärischen Denkblockaden der meisten einflußreichen PolitikerInnen. Der Wille zu ihrer politischen Umsetzung ist bisher nicht gegeben. Dennoch soll eine nicht-militärische Lösung kurz skizziert werden.

Zuallererst muß Raum für eine politische Lösung geschaffen werden. Dabei darf nicht die spätere Lösung vorweggenommen werden, sondern der Prozeß muß angesichts der antagonistischen Positionen beider Konfliktparteien offen angelegt werden. Am Ende kann ein eigener Staat Kosova stehen, aber auch eine Lösung innerhalb des heutigen Jugoslawiens. In dem Verhandlungsprozeß müssen die Interessen beider Konfliktparteien ausbalanciert werden.

Dazu bedarf es einer neutralen Vermittlung. Das ist per definitionem eine, die von beiden Seiten akzeptiert wird. Eine Lösung, in der der Westen Felipe Gonzales nominiert bzw. diktiert, genügt diesen Ansprüchen nicht und funktioniert auch nicht, obwohl sie im OSZE-Gewande präsentiert wird. Entweder wird ein Gespann aus Rußland und einem westlichen Staat gebildet oder es findet sich eine alleseits als neutral erlebte Person.

Am Verhandlungsprozeß müssen alle Konfliktparteien beteiligt werden, d.h. eine politische Einbindung der UCK muß gewährleistet werden. Legitimer Vertreter der Kosovo-Albaner ist deren gewählter Präsident Rugova. Die Druckpotentiale auf die kosovo-albanische Seite bestehen in Entzug wirtschaftlicher, militärischer und politischer Unterstützung.

Eine Lösung des Kosovo-Konflikts muß mit der vorhandenen serbischen Regierung verhandelt werden, auch wenn vielen diese nicht gefallen mag und ihnen als verbrecherisches Regime gilt. Es kann aber nicht Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft sein, Regierungen von UN-Mitgliedsstaaten zu stürzen. Wenn, dann wäre es Sache der serbischen Bevölkerung, sich eine andere Regierung zu suchen. Diese Haltung schließt nicht aus, daß NGOs oder auch die Partei Bündnis 90/Die Grünen pazifistische Kräfte in Serbien unterstützen können

und sollen. Wir sollten auch die im Kosovo eingesetzten Polizisten, Sicherheitskräfte und Soldaten ausdrücklich zum Desertieren aufrufen. Entsprechend müssen Deserteure und Kriegsdienstverweigerer in Deutschland politisches Asyl erhalten.

Das Kosovo selbst sollte entmilitarisiert werden. Das beginnt mit einem Waffenstillstand. Dann müssen die serbischen Militärkräfte und schweren Waffen abgezogen werden. Die ausländischen Kämpfer müssen das Land verlassen. Die Entwaffnung der (vorwiegend albanischen) Bevölkerung kann durch ein Aufkaufprogramm für Kleinwaffen erfolgen.⁵ Dadurch wird ein wirtschaftlicher Anreiz zur individuellen Abrüstung gesetzt. Dieser Prozeß kann nur unter internationaler Beteiligung und Beobachtung erfolgreich sein. Da die internationale Staatengemeinschaft immer noch keine internationalen Polizeikräfte in genügendem Umfang aufgebaut hat, muß als Personal kurzfristig auch auf UN-Blauhelmsoldaten aus den entsprechenden Stand-by-Abkommen mehrerer Länder mit der UNO zurückgegriffen werden. Diese müßten auf Grundlage eines Kapitel-VI-Mandates der UNO (und damit mit Zustimmung beider Konfliktparteien) stationiert werden. In einer solche klassische friedenserhaltende Maßnahme müßten unbedingt russische Einheiten einbezogen werden. Eine Beteiligung deutscher Soldaten könnte Richtung serbischer Seite eskalierend wirken und sollte auch darum unterbleiben. Dieser Vorschlag bewegt sich exakt auf der Grundlage der Magdeburger Programms von Bündnis 90/Die Grünen.

Wie die vergangenen Jahre zeigen, ist die serbische Seite nicht bereit, freiwillig über den Kosovo-Konflikt zu verhandeln, sondern versucht die Frage gewaltsam zu lösen. Deswegen muß Druck ausgeübt werden bzw. auch im weiteren Prozeß ausgeübt werden können. Dieser muß keineswegs militärischer Art sein. Den notwendigen wirtschaftlichen Druck kann in erster Linie Rußland ausüben, das wichtiger Handelspartner ist (Erdgas, Treibstoff, aber auch Waffen). Die Erfahrungen aus dem von 1992-95 gelgenden Embargo gegen Jugoslawien unterstreichen die prinzipiellen Erfolgsaussichten dieses Instruments in dem konkreten Fall: Erstens war Jugoslawien auch damals schon von Energieimporten abhängig. Fachleute schätzten, daß Jugoslawien bei einer lückenlosen Ölsperrre innerhalb von 10 Tagen zusammenbrechen würde. Die Weigerung der internationalen Staatengemeinschaft, den Nachbarländern wirtschaftliche Ausgleichszahlungen bei Einhaltung des Embargos zukommen zu lassen, verhinderte dies. Dadurch wurde das Embargo seiner Wirksamkeit beraubt und ausgehebelt. Seit 1993 fordern Bündnis 90/Die Grünen vor diesem Hintergrund die Errichtung eines UN-Sanktionshilfesfonds.⁶ Außerdem könnten die bereits

verhängten Embargomaßnahmen des Westens wieder aufgehoben werden (Anreiz). Westliche Investitionen könnten (wieder) ins Land fließen.

Der politische Verhandlungsprozeß sollte mit wirtschaftlicher Unterstützung für das Kosovo einhergehen. Es ist sinnvoller, einen entsprechenden Fonds in der Größenordnung von 2 Milliarden Dollar pro Jahr zur Vermeidung eines langjährigen Krieges als erst nach dessen Ende bereitzustellen (wie beim Dayton-Frieden für Bosnien-Herzegovina). Verglichen mit den Kosten für eine militärische Lösung ist die genannte Summe bescheiden. Hier ist der politische Wille und die Entschlossenheit der reichen westlichen Industriestaaten gefragt. Auch um sicherzustellen, daß die Hilfe wirklich ankommt, bedarf es internationaler Präsenz im Kosovo.

Der Artikel wurde um zwei Absätze über die innerjugoslawischen Hintergründe des Konflikts leicht gekürzt. (Red.)

¹ Samuel Berger: Der Weg zu Fortschritten in Bosnien (Rede vor der Georgetown University 23.9.97), in: Amerika-Dienst Nr. 18 vom 17.9.97

² Bereits im März berichtete die Rheinpfalz (5.3.98) von der Unterstützung durch Osama Bin Laden, einem steinreichen saudiarabischen Geschäftsmann, der weltweit islamische Terrorgruppen finanziert und z.Z. sein Hauptquartier im afghanischen Kandahar errichtet hat.

³ Eine Parallele wäre der 2. Golfkrieg: Nachdem die legitimierende UN-Resolution mit der Stimme der Sowjetunion verabschiedet worden war, wurde dieser von Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten ein Kredit in Höhe von 4 Mrd. \$ gewährt (vergl. Ramsey Clark: Wüstensturm, Göttingen 1993, S. 210)

⁴ vergl. taz 12.10.95, 20.10.95 und 30.10.95

⁵ KämpferInnen liefern ihre Gewehre, Pistolen etc. bei einer Sammelstelle ab und erhalten dafür eine finanziellen Ausgleich. Auf diese Weise entsteht ein hilfreiches ökonomisches Interesse, das schon erfolgreich in anderen Konflikten angewandt wurde.

⁶ Der Mechanismus ist näher beschrieben in: U. Cremer: Neue NATO – neue Kriege? Zivile Alternativen zur Bundeswehr, Hamburg 1998, S.110ff.

Kosovokrise und deutsche Außenpolitik

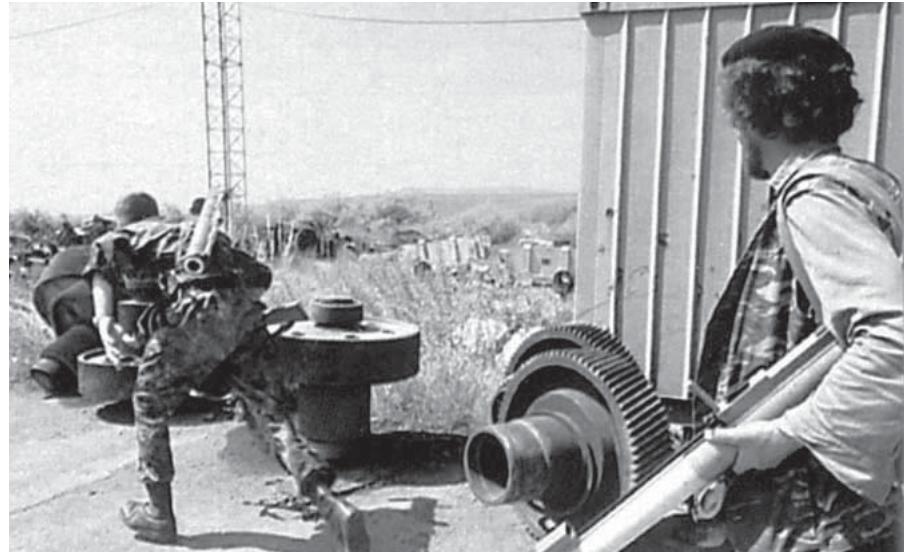
von Ralph Hartmann

Eine unvermeidliche Entscheidung?

Ende März 1989 verhängte das kollektive Staatspräsidium Jugoslawiens über den Kosovo den Ausnahmezustand. Universitäten, Schulen, Theater und Kinos wurden geschlossen. Versammlungen von mehr als drei Personen auf öffentlichen Plätzen verboten. Verhängt wurde eine nächtliche Ausgangssperre.

Vier Wochen danach wurden die Gründe für diese drakonischen Maßnahmen ... vom Vorsitzenden des SFRJ-Präsidiums, dem Moslem und ehemaligen jugoslawischen Außenminister Raif Dizdarevic, erläutert: „Das Präsidium der SFRJ hat den Ausnahmezustand in einer Situation verkündet, da das gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben und das politische System in Kosovo praktisch gelähmt waren. Massenarbeitsniederlegungen wuchsen sich zum Generalstreik aus. Die zwischennationalen Spaltungen waren an eine gefährliche Grenze geraten ... Es war eine Situation entstanden, in der Konflikte unter den Völkern jederzeit losbrechen könnten. Die albanischen Nationalisten schreckten offenkundig vor keinem Mittel zurück, um die Annahme der Verfassungsänderungen zu verhindern.“

Die Proteste in Kosovo, in deren Verlauf sich auch mehr als 14 000 zumeist jugendliche Albaner blutige Straßen-schlachten mit der Polizei geliefert hatten, die 25 Menschenleben und zahlreiche Verletzte forderten, richteten sich gegen die Veränderung der Verfassung der Republik Serbien. Unter massivem Druck aus Belgrad hatte das Parlament von Kosovo am 30. März '98 diesen Veränderungen mit großer Mehrheit zuge-



Der Sprecher der albanischen UÇK, Krasniqi, im Spiegel (28/98): „Wir wollen mehr als die Unabhängigkeit. Unser Ziel ist die Vereinigung aller Albaner auf dem Balkan.“

stimmt. Sie beseitigten die Vollmachten der autonomen Gebiete in den Bereichen der inneren Sicherheit, der Verteidigung, des Bildungswesens, der Justiz und der Wirtschaftsplanung. (...)

Die Verfassungsreform veränderte der Sache nach die SFRJ-Verfassung von 1974, die den autonomen Gebieten annähernd die gleichen Rechte wie den Republiken eingeräumt hatte. Zukünftig verfügte Serbien im achtköpfigen Staatspräsidium neben seiner eigenen auch über die Stimmen der Vertreter der Vojvodina und Kosovos. Die enormen ökonomischen und sozialen Entwicklungsprobleme Kosovos waren fortan weniger eine jugoslawische als vielmehr eine ausschließlich serbische Angelegenheit. Zwar hatten die nach nationalem Schlüssel zusammengesetzten höchsten Partei- und Staatsorgane Jugoslawiens der serbischen Verfassungsänderung zugestimmt, doch die Methoden, mit denen sie herbeigeführt worden war, und die nationalistischen Töne, mit denen sie von einem Teil der Serben begleitet wurde, verschärften die innerjugoslawischen Spannungen ein weiteres Mal. In einem besonderen Maße galt das für Kosovo selbst.

Das Gebiet war im Mittelalter das politische, wirtschaftliche und religiöse Zentrum Serbiens, Sitz der Nemanjiden-Dynastie und des serbisch-orthodoxen Patriarchen. Nach der serbischen Niederlage in der Schlacht auf dem Amsel-feld (kosovo polje) und dem Vorrücken der Türken veränderte sich die ethnische Zusammensetzung seiner Bevölkerung. Viele Serben zogen nach dem Norden, vom Süden her drängten die Albaner in das riesige Tal zwischen dem Schargebirge und den Bergen des Prokletije nach, wo sie unter türkischer Herrschaft massenhaft islamisiert wurden.

Im Kampf gegen das Türkenejoch und im Streben nach Wiedererrichtung eines eigenen Staates verklärte sich bei den Serben das Bild ihres mittelalterlichen Reiches. Das Gebiet Kosovo gewann als Symbol und als „Wiege der serbischen Staatlichkeit“ in ihrem Nationalgefühl einen Platz, der mit dem Jerusalems für die Israelis zu vergleichen ist. Als 1913 nach dem 1. Balkankrieg auf der Londo-nen Konferenz der Großmächte der größte Teil Kosovos Serbien zugesprochen wurde, wurden ca. eine Million Albaner Untertanen des serbischen Königs. Das zum gleichen Zeitpunkt geschaffene Albanien umfaßte lediglich die Hälfte des albanisch besiedelten Gebietes, über 50 Prozent aller Albaner blieben außerhalb dieses Staates. Damit waren die Grundlagen für einen dauerhaften Konflikt gelegt: Die Albaner in Kosovo streben in ihrer Mehrheit nach einem einheitlichen Nationalstaat, die Serben beharren auf ihrem historisch begründeten und völkerrechtlich abgesicherten territorialen Besitzstand.

Auch im Nachkriegsjugoslawien hielt der Konflikt, wenn auch mit unterschiedlicher Schärfe, an – weder Zwangs-

maßnahmen der jugoslawischen und serbischen Behörden noch eine Jahrzehnte-lange umfassende Förderung der Wirtschaft Kosovos und seines Bildungswesens konnten ihn lösen.

1945 hatte die junge jugoslawische Föderation in Kosovo ein besonders schwernes Erbe übernommen. Die Infrastruktur war völlig unzureichend: Es gab keinen einzigen Kilometer Asphaltstraße, nur 2,6 Prozent aller Haushalte waren elektrifiziert, die wenigen vor dem Krieg vorhandenen Betriebe – der einzige Großbetrieb, das Blei- und Zinkbergwerk in Trepca, sowie einige Mühlen, Ziegeleien und Webereien – waren zu 90 Prozent zerstört. 90 Prozent der albanischen Bevölkerung waren Analphabeten, es gab keinelei wissenschaftlichen Institute, keine Verlage.

In den Nachkriegsjahren wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen, den ökonomischen und kulturellen Rückstand Kosovos zu überwinden. Aus einem Entwicklungsfonds, in den alle Republiken und Gebiete einzahlen mußten, erhielt Kosovo von 1961 bis 1990 insgesamt ca. 18 Milliarden Dollar, die Mittel der Föderation für Bildung und Gesundheitswesen nicht mitgerechnet. Auf der Basis reicher Braunkohlevorkommen wurde eine moderne Energiewirtschaft geschaffen, die zwei Drittel der erzeugten Elektroenergie in die anderen Republiken lieferte. Eine verarbeitende Industrie entwickelte sich, die Buntmetallproduktion expandierte. Der Ausbau des Schulsystems, Gründung und Entwicklung von Universitäten, Hoch- und Fachschulen, eines Nationaltheaters, Filmstudios und Verlages zeugten von einem beachtlichen kulturellen Aufschwung. Der Lebensstandard und das Maß demokratischer Rechte und Freiheiten in Kosovo überstiegen die im benachbarten Albanien beträchtlich.

Doch der Rückstand zu den anderen Republiken und Gebieten Jugoslawiens konnte nicht überwunden werden. Eine verfehlte Investitionspolitik – vorrangig wurde in kapitalintensive Wirtschaftszweige mit relativ wenigen Arbeitsplätzen investiert – und ein außerordentlich hoher Zuwachs der albanischen Bevölkerung bremsten das Wachstum des Sozialproduktes pro Einwohner und erhöhten die Arbeitslosigkeit. 1980 hatte nur jeder 10. Bürger im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz. Das unterentwickelte Gebiet Jugoslawiens leistete sich im Verhältnis zur Einwohnerzahl die größte Zahl an Studierenden. 1980 hatte Kosovo 173 000 Beschäftigte, aber 470 000 Schüler und Studenten. Folgerichtig begannen politische Unruhen in der Regel mit Demonstrationen unzufriedener und weitgehend perspektivloser Studenten. Allen Versuchen der Regierenden der Föderation, der Republik Serbien und des autonomen Gebietes, der Probleme Herr zu werden, blieb der Erfolg versagt.

Als Raif Dizdarevic im April 1989 in der bereits erwähnten Erklärung die Pro-

klamierung des Ausnahmezustandes rechtfertigte, unterstrich er, daß „das Präsidium der SFRJ gezwungen (war), die unerwünschte, aber unvermeidliche Entscheidung ... zu treffen“. Für das höchste Staatsorgan der SFRJ stellte sich das Kosovo-Problem als ein schier auswegloses Dilemma dar: Nachgeben gegenüber den albanischen Sezessionisten bedeutete über kurz oder lang einen Verzicht auf das Prinzip der territorialen Integrität Serbiens und Jugoslawiens: Gewalteinsetzung – eine Verschärfung der zwi-schennationalen Spannungen in Kosovo und eine Zunahme des separatistischen Druckes.

Die SFRJ ist verschwunden und mit ihr das Staatspräsidium, das Dilemma ist geblieben. Kosovo, im Zentrum des Balkan gelegen, ist auch heute noch ein explosiver Konflikttherd, der die Sicherheit auf der gesamten Halbinsel bedroht. 1989 war der Einsatz staatlicher Gewalt in Kosovo aus Sicht der jugoslawischen Führung „unerwünscht, aber unvermeidlich“. War er es tatsächlich, oder gab es einen Mittelweg zwischen „Unerwünschten“ und „Unvermeidlichem“? (...)

Vom Grotesken zum Schrecklichen ist es nur ein Schritt

Ehre, wem Ehre gebührt. Durch ein meisterhaftes Taktieren bei der Verfolgung des langfristigen militärpolitischen Ziels im Jugoslawienkonflikt hat die deutsche Bundesregierung den Bürgerkrieg auf dem Balkan zielstrebig genutzt, um die politischen, moralischen und rechtlichen Beschränkungen für weltweite Einsätze deutscher Soldaten schrittweise zu durchbrechen. Wie viele Schritte werden noch folgen – und wie viele sind es bis zum Abgrund?

Wie nah dieser, wie gering die Entfernung ist, die die Bundeswehr von neuen, weitaus riskanteren Einsätzen als in Bosnien-Herzegowina trennt, zeigt der Konflikt in der zu Serbien und damit zur Bundesrepublik Jugoslawien gehörenden Provinz Kosovo und Metohien. Nur knapp ist der Balkan hier im Frühjahr 1998 einer neuen Katastrophe entgan-gen. Wäre der hier liegende Sprengsatz mit aller Wucht explodiert, dann hätte der Kriegsbrand in kurzer Zeit neben Jugoslawien große Teile des Balkans erfas-sen können.

An potentiellen Kriegsteilnehmern hätte es nicht gefehlt: Albanien, das zu seinen „Brüdern und Schwestern“ im Kosovo steht; Mazedonien mit seinen 400 000 bis 500 000 albanischen Bewohnern; Griechenland, in dem Hunderttau-sende Albaner ständig oder zeitweilig leben und dessen eigene Minderheit in Albanien mehr Rechte einfordert; die Türkei, die mit Albanien durch einen Bei-standspakt verbunden ist und sich auf dem Balkan als Vorkämpfer für die Rechte nationaler Minderheiten ausgibt; Bulgarien, das sich mit dem „Bruderland“ Mazedonien eng verbunden fühlt; die

moslemisch-kroatische Föderation in Bosnien-Herzegowina, deren extremistische Kräfte noch immer auf eine Chance zur Abrechnung mit den Serben warten. Doch noch ehe diese potentiellen Kriegsgegner aufeinander losgegangen wären, hätte die NATO versucht, Frieden zu erzwingen, auf ihre Weise und selbstverständlich mit bundesdeutscher Beteiligung. Welchen Marschbefehl hätten die in Bosnien-Herzegowina bei Rajlovac stationierten Einheiten der Bundeswehr erhalten – Pristina, die Hauptstadt Kosovos, oder Nis, das strategisch bedeutsame Industrie- und Kulturzentrum Südserbiens, oder Krusevac, die alte serbische Königsstadt, oder gleich gar Krajujevac?

Bisher ist der Kelch an den deutschen Soldaten und Offizieren noch vorübergegangen. Doch die NATO ist, wie ihr Generalsekretär Javier Solana Mitte März 1998 verkündete, bereit, bei Bedarf, so im Falle einer Flüchtlingskrise in Kosovo, schnell und klar zu handeln, und die Westeuropäische Union (WEU), der europäische Arm des Bündnisses, erklärte kurz danach ihre Einsatzbereitschaft für eine derartige Krisenmission. Und das deutsche Bundesministerium für Verteidigung verfaßt bereits „Lageberichte zum Kosovo“. (...)

Der Ausweg aus dem tragischen Kon-

flikt der Angehörigen zweier Völker, die im Ergebnis der Geschichte auf dem gleichen Raum zusammenleben müssen, kann nur über Gespräche, über friedliche Vereinbarungen gefunden werden. Eine vernünftige Alternative dazu gibt es nicht. Der politische Dialog zwischen den Parteien hätte spätestens 1990/91 aufgenommen werden können, wenn sich ausländische Kräfte nicht ständig in den Konflikt eingemischt und die separatistischen Führer in Kosovo nicht immer wieder zu Unnachgiebigkeit und zur Aufrechterhaltung realitätsferner Forderungen ermuntert hätten. Die Geschichte dieser Einmischung allein seitens der Bundesrepublik Deutschland könnte inzwischen Bände füllen, aber auch wenige Seiten illustrieren sie zur Genüge:

Bundesdeutsche Politiker, die es besser wissen sollten und es zweifellos auch besser wissen, verbreiten über Kosovo Propagandabilder, die mit der vielschichtigen Realität wenig zu tun haben und die historisch entstandenen, einander überlagernden ökonomischen, sozialen und nationalen Probleme außer acht lassen. (...)

Spätestens aus den Dramen eines Samuel Beckett und Eugène Ionescu weiß mach, daß auch die Worte „grotesk“ und „widersinnig“ steigerungsfähig sind. Das absurde Theater in der Kosovokrise bestätigte es ein weiteres Mal, als die sogenannte internationale Kontaktgruppe, bestehend aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Italien und Deutschland, am 25. März 1998 der Bundesrepublik Jugoslawien das Ultimatum stellte, innerhalb von vier Wochen mit den Kosovo-Albanern einen Dialog zu beginnen.

Zur Erinnerung. Belgrad ist seit Jahren zum umfassenden Dialog mit den Kosovo-Albanern bereit, die albanischen Führer lehnten alle Angebote ab. Als ein solcher Dialog ausnahmsweise einmal zustande kam und der damalige serbische Präsident Slobodan Milosevic und der Führer der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova, am 1. September 1996 einen Vertrag über die Normalisierung im Bildungswesen unterzeichneten, wurde dieser mit Unterstützung der USA und der EU albanischerseits auf Eis gelegt. Nachdem die Krise eskalierte, entsandte die serbische Re-

gierung eine hochrangige Verhandlungsdelegation nach Pristina, aber die albanische Seite weigerte sich, am Verhandlungstisch Platz zu nehmen. Der Präsident Serbiens, Milan Milutinovic, rief sie daraufhin erneut auf, unverzüglich und ohne Bedingungen in einen politischen Dialog einzutreten. Er bot sich als Garant dieser Gespräche an. Auch der Präsident Jugoslawiens, Slobodan Milosevic, ernannte dafür einen Sonderbeauftragten. Alles vergeblich, die Führer der albanischen nationalen Minderheit verharren in ihrer Verweigerungshaltung.

In dieser Situation hätte jeder vernünftige Mensch annehmen müssen, daß die internationale Kontaktgruppe auf die Kosovo-Albaner einwirkt, damit der überfällige Dialog beginnen konnte. Doch das Gegenteil geschah: Die zum Dialog bereite Seite wurde ultimativ unter Androhung von Sanktionen zum Dialog aufgefordert, der den Dialog verweigernden Seite wurde für den Fall des Nichtzustandekommens der Gespräche die Bestrafung ihres politischen Widersachers in Aussicht gestellt.

„Verkehrte Welt“, möchte man rufen, doch was wie eine Groteske anmutet, ist die reale Welt, in der es, wie schon Sir Arthur Conan Doyle wußte, vom Grotesken zum Schrecklichen nur ein Schritt ist. Das von der NATO auf der Kosovo-Bühne mit Rußland in einer Komparserolle aufgeföhrte absurde Stück kann leicht zu einem schrecklichen Drama werden in einer Welt, wie sie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa entstanden ist. Nicht Fairneß und Gerechtigkeit, sondern Macht und Unrecht regieren sie. (...)

Als die „Charta von Paris“ im November 1990 verabschiedet wurde, bekannten sich alle Unterzeichnerstaaten zum Prinzip der territorialen Integrität. Als sich im Jahr danach die Krise in der SFRJ zuspitzte, sprachen sie sich für die Einheit der jugoslawischen Föderation aus und warnten vor Alleingängen sezessionistischer Kräfte. Erst unter deutschem Druck wurde diese Position aufgegeben, eine antiserbische Kampagne inszeniert und die Zerstörung Jugoslawiens vorangetrieben.

In der Kosovokrise muß eine Antihaltung gegen die Serben nicht erst geschaffen werden, ihnen ist das Kainsmal schon eingebrannt worden. Noch erklären Außenminister Kinkel, seine amerikanische Kollegin und seine europäischen Kollegen: „Kosovo gehört zu Belgrad. Niemand will dort irgendwelche Grenzveränderungen oder Separation.“ Es bleibt nur die Hoffnung, daß diese Haltung länger hält als die von 1991 zur Einheit der früheren jugoslawischen Föderation. Die Folgen der damaligen Wende in der Jugoslawienpolitik der Bundesrepublik Deutschland sind bekannt – vor allem in Bosnien-Herzegowina werden sie noch lange zu besichtigen sein.

(Quelle: Leipzigs Neue, 13/98, 26. Juni 1998)



Ralph Hartmann, „Die ehrlichen Makler. Die deutsche Außenpolitik und der Bürgerkrieg in Jugoslawien“
256 Seiten, 24,80 DM, ISBN 3-320-01958-9.

- 15. August:** Zentraler Wahlkampfauftritt der PDS-Westverbände in Köln
- 28. August:** CSU-Parteitag in München
- 29.8. FDP-Parteitag** in Bonn soll Wahlaufruf beschließen
- 13. September:** Landtagswahl in Bayern
- 14./17. September:** Ordentlicher Bundeskongreß Gewerkschaft der Polizei
- 21. bis 24. September:** Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda
- 27. September:** Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg
- GEÄNDERT:** 17./18. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln
- 11. Oktober a.o.** Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim
- 16. Oktober:** Bundeskongreß der Jungen
- Liberalen in Berlin**
- 23. bis 25. Oktober:** 11. o. Bundesversammlung von B90/Die Grünen in Bonn
- 24.-29. Oktober:** Gewerkschaftstag HBV in Bremen und IG Medienin Würzburg
- 11.-16. November:** 3. Tagung der 9. Synode der EKG
- 9.-13. November:** Gewerkschaftstag der NGG in Hamburg
- 27. bis 29. November:** JU-Deutschlandtag in Weiden
- 29. bis 30. November:** 11. Parteitag der CDU in Bonn
- 7.2.99 Landtagswahlen in Hessen**
- 13./14. März 1999:** Frühjahrskonferenz des "Forums" in Köln
- 23. Mai 1999:** Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten
- Juni 1999 Europawahlen**

ADRESSE AUFKLEBER

Sommerschule der ARGE

ARGE Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, Arbeitsgemeinschaft bei der PDS

GESCHICHTE

150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei

(Ausführlich siehe PB 12, PB 13)

30. Juli bis 2. August 1998, Jugendherberge „R. Breitscheid“ in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25. Beginn Donnerstag, um 14 Uhr, Ende Sonntag: 12 Uhr

Anmeldungen an: Jörg Detjen, GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

PHILOSOPHIE

Auseinandersetzungen mit den Konzepten der „Inneren Sicherheit“ und staatstheoretischen Vorstellungen, auf denen sie beruhen.

Das Tagesseminar (10–18.00 Uhr) wird gemeinsam von der AG Philosophie der Linken Schule Schnepfenthal (Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung) und der Wahlkampfkoordination Hamburg durchgeführt.

Samstag, 4. Juli 1998, Ort: Hamburg.

Ab Mitte Juni ist eine Textzusammenstellung erhältlich bei: GNN-Verlag Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21. Um Anmeldung wird gebeten.

WIRTSCHAFT

Ist linke Reformpolitik unter der Bedingung von Geldwertstabilität möglich?

1. „GELDWERTSTABILITÄT“

1.1. Zur „Technik“ der neoliberalen Geldwertstabilisierung und ihren Ergebnisse

Materialien zur Geldmengenpolitik und aus Sachverständigengutachten der letzten Jahre

1.2. Inflation, Geldwertstabilität, Euro, Aktien ... - welche Sachwerte, welche Interessen

1.3. Eine Schwierigkeit der Kritik der neoliberalen Wirtschaftspolitik: Kritik der Ziele und Methoden bei faktischem Konsens über Teilergebnisse (Geldwertstabilität)

2. „LINKE REFORMPOLITIK“

2.1. SPD und Grüne, Buch Lafontaine, Memorandum Gruppe

2.2. PDS Grundsicherung, alternative Steuerpolitik, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, alternatives Wirtschaften (Genossenschaften etc.)

Termin: Samstag, 1. August (Anreise 31.7.) **Ort:** Jugendherberge „R. Breitscheid“ in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25.

Anmeldungen an: GNN Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart. Tel.: 0711/624701, Fax: 0711/621532

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart